

Nachhaltig leben, arbeiten und wirtschaften

So denken Bürger:innen
über Umwelt- und
Klimaschutz



Inhalt

Vorwort

> Dr. Johannes Bussmann

Kernergebnisse

1

Einstellungen und Meinungen zu Nachhaltigkeit

- > Mehrheit sieht Klimawandel als Bedrohung und setzt auf Umweltschutz
- > Klimakrise: „Es ist noch nicht zu spät“
- > Ein Viertel glaubt nicht an den Klimawandel
- > Die Mehrheit verändert ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten
- > Die Hälfte ist zu Wohlstandsverzicht bereit

2

Verantwortung für die Lösung der Klimakrise

- > Politik und Wirtschaft werden in die Pflicht genommen
- > Berlin und Brüssel tun zu wenig für den Klimaschutz
- > Proteste der „Letzten Generation“ stoßen auf Ablehnung

3

Umwelt- und Klimaschutz als wirtschaftliche Chance

- > Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft
- > Viele haben Sorge um den gesellschaftlichen Wohlstand
- > Falscher Zeitpunkt für den Klimaschutz?
- > Unternehmen brauchen Hilfe vom Staat

4

Energiewende - Wege zu nachhaltigen Alternativen

- > Beim Energiesparen geht es vor allem ums Geld
- > Große Mehrheit fordert Ausbau der Erneuerbaren
- > Mehrheit gegen ein Verbot von Öl- und Gasheizungen
- > Zustimmung zu Teilen des Heizungsgesetzes
- > Energetische Sanierung kommt voran
- > Hohe Kosten erschweren Sanierungsmaßnahmen
- > Viele Probleme schon bei der Planung der Sanierung

5

Nachhaltiges Konsumverhalten

- > Nur wenige kennen ihren persönlichen CO₂-Fußabdruck
- > Wo Verbraucher:innen Verzicht für wichtig halten ...
- > ... und wo im Alltag Verzicht tatsächlich umsetzbar erscheint
- > Nachhaltigkeit ist beim Kauf von Produkten oft nicht entscheidend
- > Nachhaltige Produkte sind vielen zu teuer
- > Verbraucher:innen wollen Pflicht zu Nachhaltigkeit „by design“
- > Externe sollten die Einhaltung von Umweltvorgaben prüfen

6

Reparaturen als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

- > „Recht auf Reparatur“ finden die meisten sinnvoll
- > Vielen ist eine Reparatur zu teuer
- > Verbraucher:innen achten auf Zertifizierung von Werkstätten

7

Fazit und politische Empfehlungen

Methodik



Mit kühlem Kopf zu mehr Nachhaltigkeit

Die globale Klimakrise brennt sich in unser Bewusstsein ein: Immer neue Hitzerekorde, verheerende Waldbrände oder tödliche Sturmfluten. Meist reicht aber auch ein Spaziergang im nahen Wald, um zu sehen, wie sich unsere Ökosysteme verändern. Vor diesem Hintergrund sollte eigentlich Einigkeit darüber herrschen, dass wir insgesamt mehr für den Umwelt- und Klimaschutz tun müssen. Das ist aber nicht der Fall. Der Klimaschutz polarisiert, wie die vorliegende „TÜV Sustainability Studie 2023“ zeigt. Nachdem wir im vergangenen Jahr Unternehmen befragt haben, wollten wir jetzt von den Bürger:innen wissen, wie sie über das Thema Nachhaltigkeit denken.

Einer breiten Mehrheit ist der Umwelt- und Klimaschutz wichtig oder sehr wichtig. Zwei von drei Befragten fühlen sich von den Folgen des Klimawandels bedroht. Die Verbraucher:innen verändern daher mehrheitlich ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten und sind sogar bereit, für einen besseren Klimaschutz auf einen Teil ihres Wohlstands zu verzichten. Gut jede:r zweite ist der Meinung, dass die Politik in Berlin und Brüssel zu wenig für den Klimaschutz tut. Und jede:r Fünfte hält sogar die Proteste der „Letzten Generation“ für notwendig, damit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft endlich entschlossen handeln.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite glaubt fast ein Viertel der Bundes-

bürger:innen nicht an den menschengemachten Klimawandel. Und ebenso viele stimmen der Aussage zu, dass sie die negativen Auswirkungen des Klimawandels nicht betreffen. Für die Politik bedeutet das: Die einen werden jede noch so sinnvolle Maßnahme für den Klimaschutz kritisch sehen, den anderen wird jede noch so sinnvolle Maßnahme nicht ausreichen. Die Folge sind hitzige Debatten zwischen den Parteien, in den Medien oder zu Hause am Mittagstisch.

Umso wichtiger ist jetzt eine starke politische Führung: Einigkeit in der Regierung und handwerklich gut gemachte Gesetze, die klare Vorgaben machen und soziale Härten abfedern. Nur so gewinnt die Politik verloren gegangenes Vertrauen zurück. Denn eines ist klar: Ohne weitere gesetzliche Vorgaben wird es nicht gehen.

Eine Großbaustelle bleibt die Energie- und Wärme-wende. Wir müssen unsere Abhängigkeit von Kohle und Gas weiter reduzieren, indem wir die Erneuerbaren ausbauen, eine Infrastruktur für Wasserstoff aufbauen und die Netze erneuern. Das Ziel ist grüne Energie, die für Unternehmen und Verbraucher:innen bezahlbar ist.

Mehrere große Gesetzesvorhaben für nachhaltige Produkte werden derzeit auf EU-Ebene verhandelt. Das „Recht auf Reparatur“ sieht vor, dass Produkte künftig langlebig, reparierbar und recycelbar sein

müssen. Mit der Green-Claims-Richtlinie geht die EU gegen irreführende Werbebotschaften und das weit verbreitete Greenwashing vor. Und der digitale Produktpass soll ein Meilenstein für mehr Transparenz bei der Herstellung und dem Handel von Waren aller Art werden.

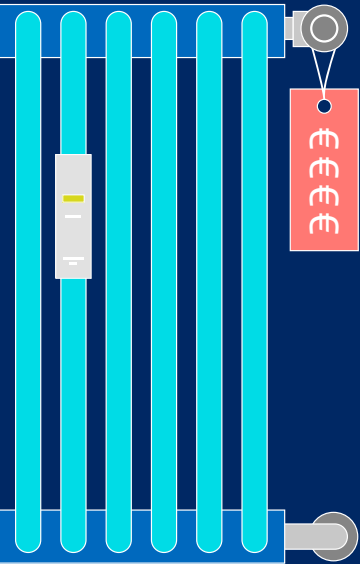
Entsprechende Vorgaben sind wichtig, denn beim Einkaufen scheitert nachhaltiger Konsum häufig aus mehreren Gründen. Neben den höheren Preisen für umweltfreundliche Produkte fehlt es den Verbraucher:innen häufig an Informationen, um eine fundierte Kaufentscheidung treffen zu können. Letztlich sollte bald jedes Produkt nachhaltig hergestellt, nutzbar und wiederverwertbar sein. Denn ein weiteres großes Hindernis sind fehlende Alternativen zu den herkömmlich hergestellten Waren. Die Bundesregierung sollte sich jetzt dafür einsetzen, dass die entsprechenden Gesetze noch vor der Europawahl im Jahr 2024 verabschiedet werden. Die TÜV-Unternehmen werden die nachhaltige Transformation weiter begleiten. Mit unseren unabhängigen Prüfungen können wir gewährleisten, dass die Vorgaben eingehalten werden und ihre Wirkung für den Umwelt- und Klimaschutz voll entfalten können.

Ich wünsche Ihnen eine
anregende Lektüre!



Herzlich Ihr
Dr. Johannes Bussmann
Präsident TÜV-Verband e.V.
CEO TÜV SÜD AG

Kernergebnisse



24%

glauben grundsätzlich nicht
an den menschengemachten
Klimawandel

68%

empfinden den Klimawandel
als Bedrohung

78%

finden Umwelt- und
Klimaschutz wichtig

56%

verändern ihr Konsum- und
Mobilitätsverhalten wegen
des Klimawandels

22%

kennen ihren persönlichen
CO₂-Fußabdruck



53%

sehen die Verantwortung für die
Lösung globaler Umwelt- und
Klimaprobleme bei der Politik

75%

sind der Ansicht, dass es noch nicht
zu spät ist, etwas gegen den Klima-
wandel zu tun

81%

geht es beim Energiesparen vor
allem darum, Geld zu sparen

58%

erkennen gesamtwirtschaftliche
Chancen in einer ambitionierten
Klimaschutzpolitik



79%

halten ein gesetzlich verankertes
„Recht auf Reparatur“ für sinnvoll

28%

betrachten Nachhaltigkeitsaspekte
beim Kauf von Produkten als
ausschlaggebend

59%

finden es richtig, dass defekte
Gas- und Ölheizungen durch
nachhaltigere Alternativen
ersetzt werden müssen

50%

sind bereit, für den Umwelt-
und Klimaschutz auf einen
Teil ihres Wohlstands zu
verzichten

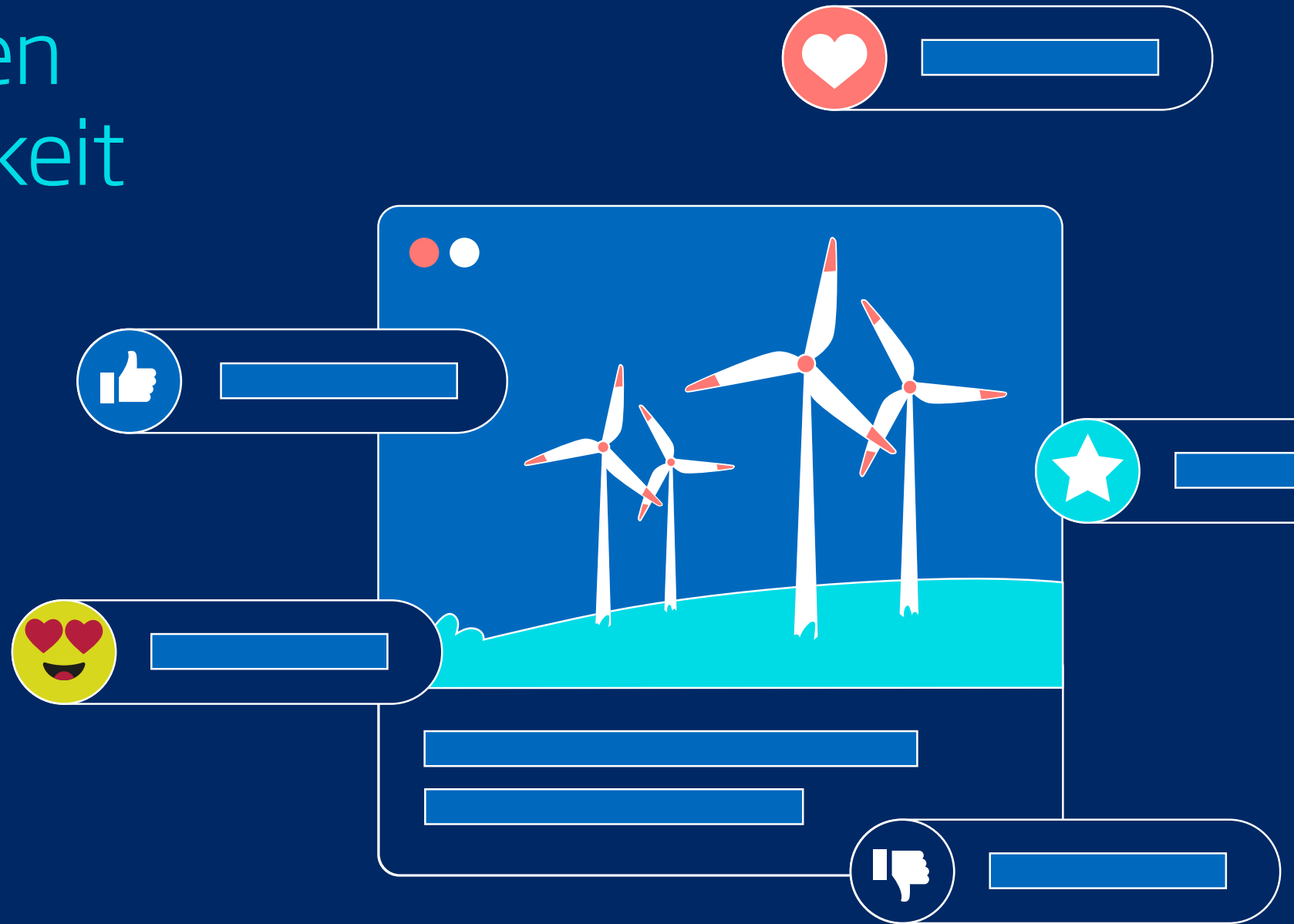
72%

befürworten eine externe Über-
prüfung, ob gesetzliche Umwelt-
und Klimavorgaben von
Unternehmen eingehalten werden



Einstellungen und Meinungen zu Nachhaltigkeit

1

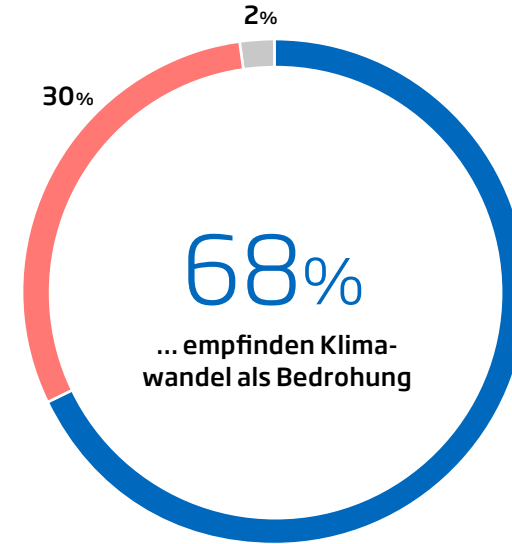
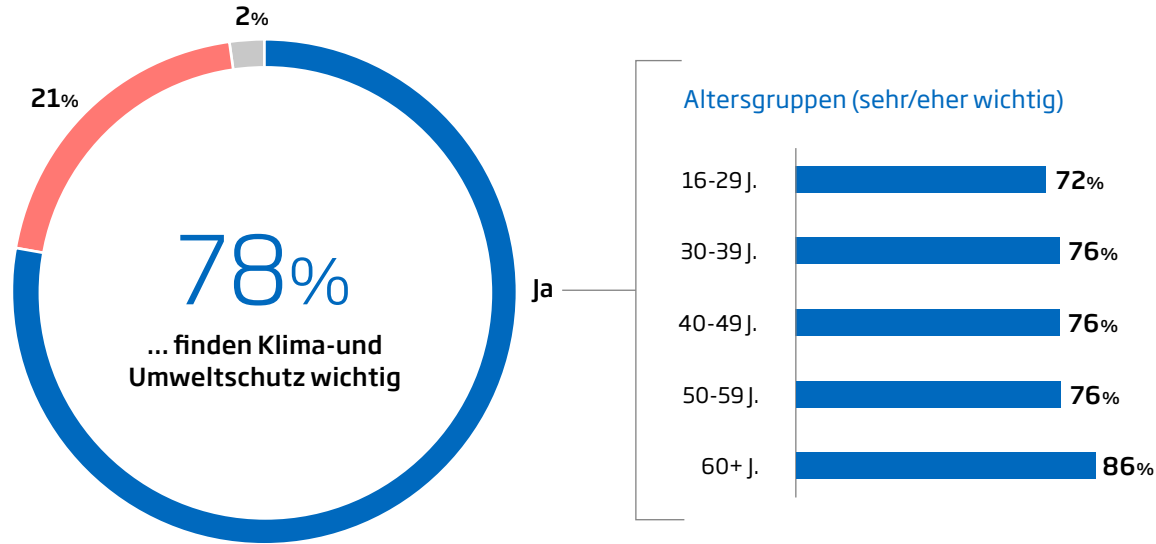


Mehrheit sieht Klimawandel als Bedrohung und setzt auf Umweltschutz

Unterstützung für umwelt- und klimaschützende Maßnahmen und Sorge vor Klimawandel

Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland sieht den Klimawandel als gefährlich an. Klima- und Umweltschutz hat für viele eine hohe Bedeutung.

Fast vier von fünf Befragten ist der Umwelt- und Klimaschutz wichtig oder sehr wichtig (78 Prozent). Dabei liegt der Wert bei den über 60-jährigen (86 Prozent) deutlich über dem Durchschnitt – die unter 30-jährigen liegen darunter (72 Prozent). Insbesondere der Klimawandel bereitet vielen Menschen ernsthafte Sorgen. Von gut zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) wird er mit Blick auf den eigenen Lebensstil als große oder sogar sehr große Bedrohung wahrgenommen. Bei Frauen ist diese Haltung überdurchschnittlich häufig (72 Prozent) im Vergleich zu Männern (62 Prozent).

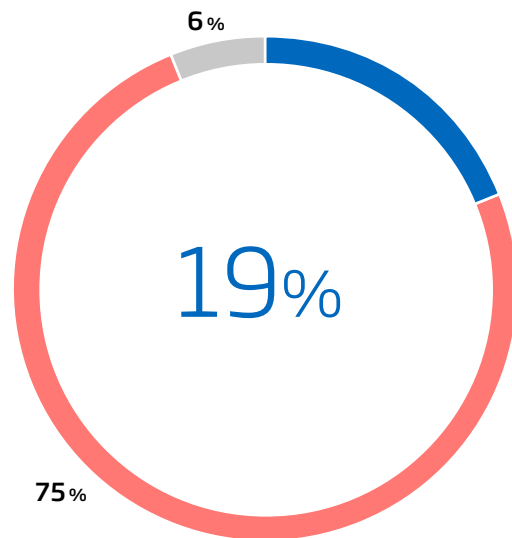


Fragen: Wie wichtig ist Umwelt- und Klimaschutz für Sie persönlich? Wenn Sie an Ihr Leben heute und in Zukunft denken: Inwiefern empfinden Sie den Klimawandel als eine Bedrohung? | Basis: 1.000 befragte Personen | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt

Klimakrise: „Es ist noch nicht zu spät“

Sinn von Maßnahmen gegen den Klimawandel

„Es ist zu spät, jetzt noch etwas gegen den Klimawandel zu tun“.

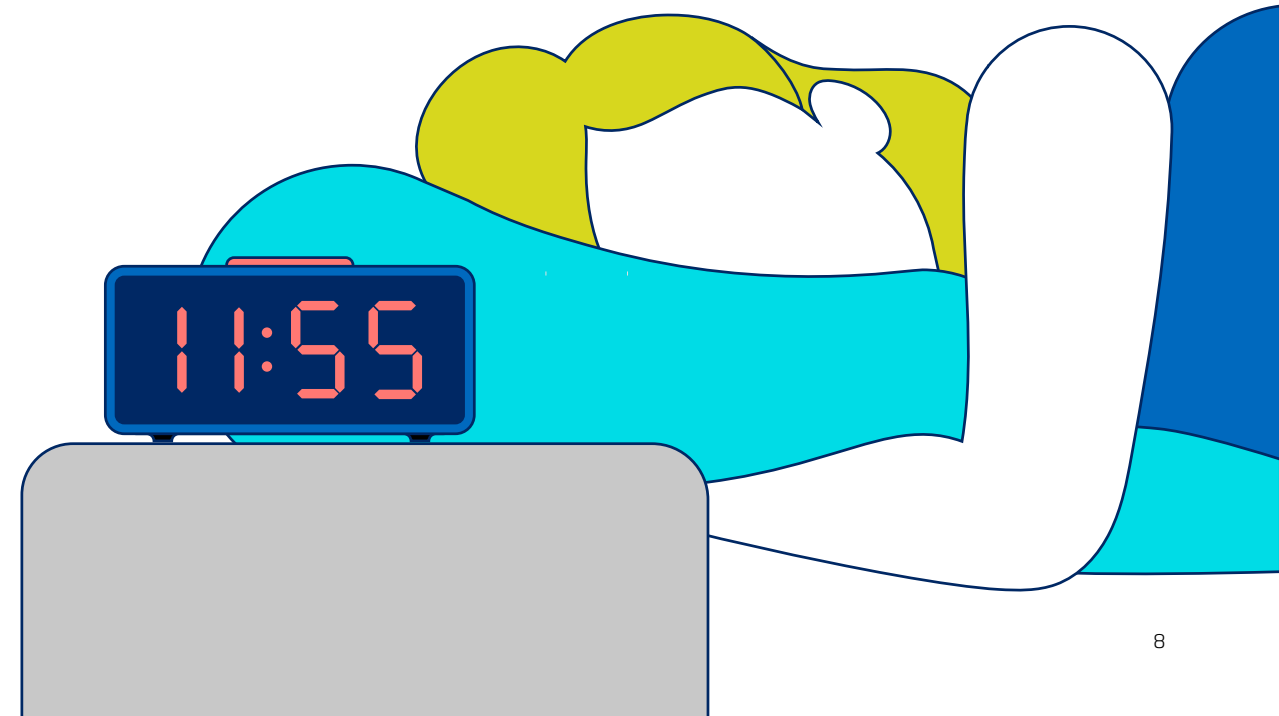


■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Statements zum Klimawandel zu oder nicht zu | Basis: 1.000 befragte Personen

Trotz spürbarer Folgen des Klimawandels bleibt die Mehrheit zuversichtlich, dass noch genügend Zeit für Gegenmaßnahmen bleibt.

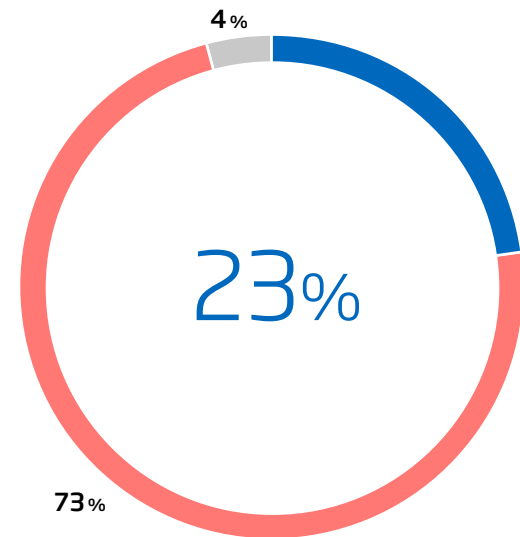
Die Pessimist:innen bilden die Ausnahme, wenn es um die persönliche Einstellung zum Klimawandel geht. Knapp jede:r fünfte Befragte ist der Ansicht, dass es zu spät ist, etwas dagegen zu tun. Drei Viertel dagegen zeigen sich zuversichtlicher und glauben, dass der Klimawandel noch gestoppt werden kann.



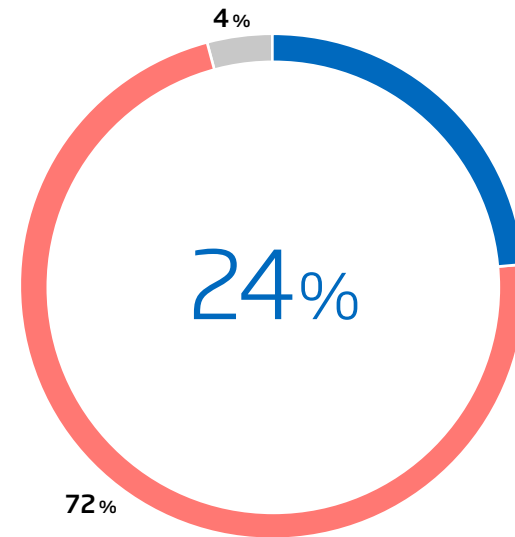
Ein Viertel glaubt nicht an den Klimawandel

Betroffenheit und Glaube an den menschengemachten Klimawandel

„Die negativen Auswirkungen des Klimawandels betreffen mich nicht.“



„Ich glaube grundsätzlich nicht an den menschengemachten Klimawandel.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Statements zum Klimawandel zu oder nicht zu | Basis: 1.000 befragte Personen

Zwar ist für die deutliche Mehrheit der menschengemachte Klimawandel eine Tatsache – doch die Zahl der Skeptiker:innen ist beträchtlich.

Die negativen Folgen des Klimawandels betreffen mich nicht – dieser Aussage stimmt fast ein Viertel der Befragten zu (23 Prozent). Eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent allerdings teilt diese Einschätzung nicht.

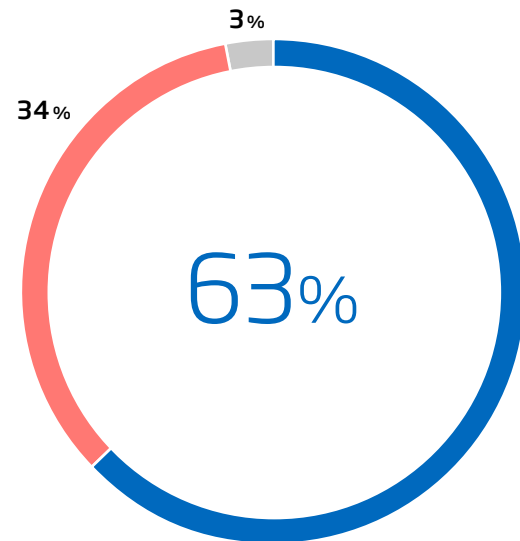
Grundsätzlich infrage stellt fast ein Viertel der Befragten den menschengemachten Klimawandel (24 Prozent). Besonders stark ausgeprägt ist die klimaskeptische Haltung bei den 30- bis 39-jährigen (36 Prozent) sowie bei Menschen mit einer geringen Bildung (31 Prozent).



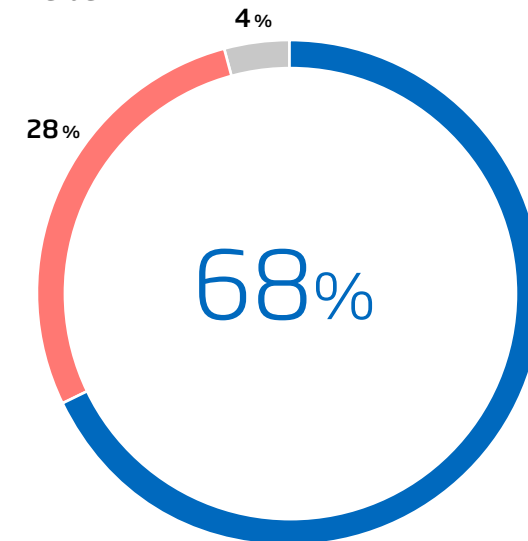
Die Mehrheit verändert ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten

Auswirkungen des Klimawandels auf das persönliche Konsumverhalten

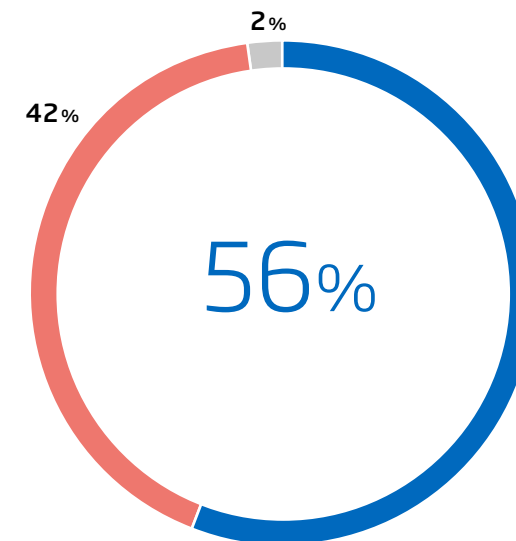
„Ich spüre bereits jetzt die negativen Auswirkungen des Klimawandels.“



„Wenn alle ihr Konsum- und Mobilitätsverhalten ändern, kann der Klimawandel abgeschwächt werden.“



„Wegen des Klimawandels verändere ich mein Konsum- und Mobilitätsverhalten.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Angesichts spürbarer Folgen des Klimawandels wollen viele Verbraucher:innen nachhaltiger leben.

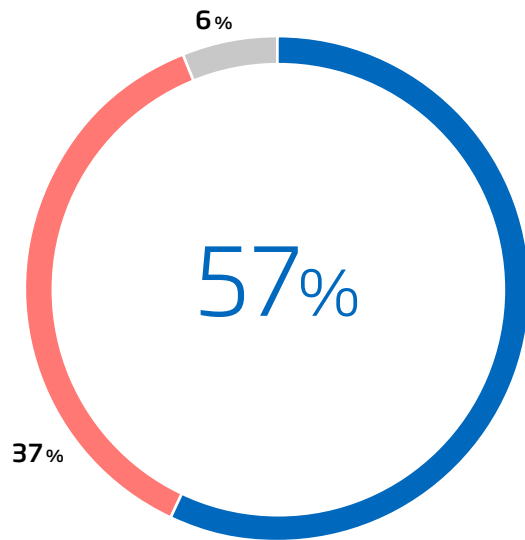
Für viele Menschen ist der Klimawandel spürbar. Knapp zwei Drittel der Befragten fühlen sich von negativen Auswirkungen betroffen. Gut zwei Drittel sehen ein verändertes Konsum- und Mobilitätsverhalten als Möglichkeit, den Klimawandel zumindest abzuschwächen. Der Anteil derjenigen, die auch Taten folgen lassen, ist deutlich geringer. Nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland schwenkt wegen des Klimawandels bei Konsum und Mobilität um (56 Prozent). Dabei zeigen sich Frauen (60 Prozent) sowie Personen ab 60 Jahren überdurchschnittlich engagiert (63 Prozent).

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Statements zum Klimawandel zu oder nicht zu | Basis: 1.000 befragte Personen

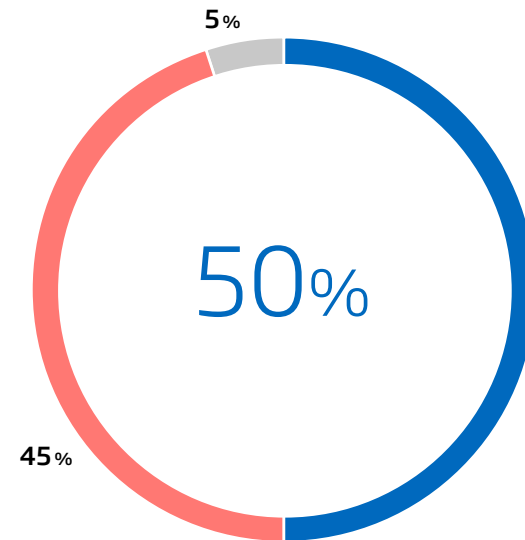
Die Hälfte ist zu Wohlstandsverzicht bereit

Einsatz für den Klimaschutz und persönlicher Verzicht

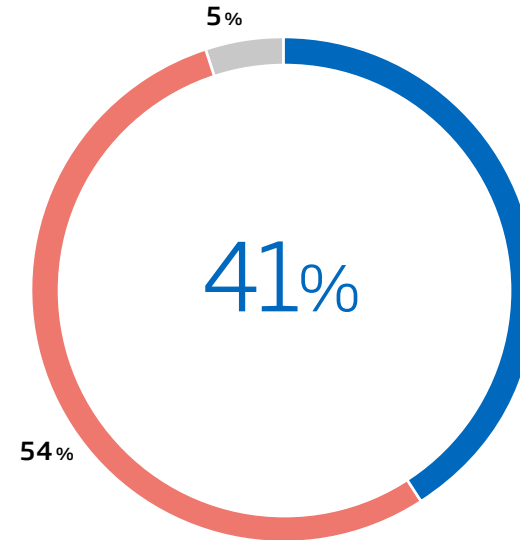
„Ich will persönlich mehr tun als jetzt, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“



„Ich bin bereit, für einen besseren Umwelt- und Klimaschutz auf einen Teil meines Wohlstands zu verzichten.“



„Der Klimawandel beeinflusst meine grundsätzlichen Entscheidungen im Leben, z.B. Kinder zu bekommen, Wahl des Lebensorts.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

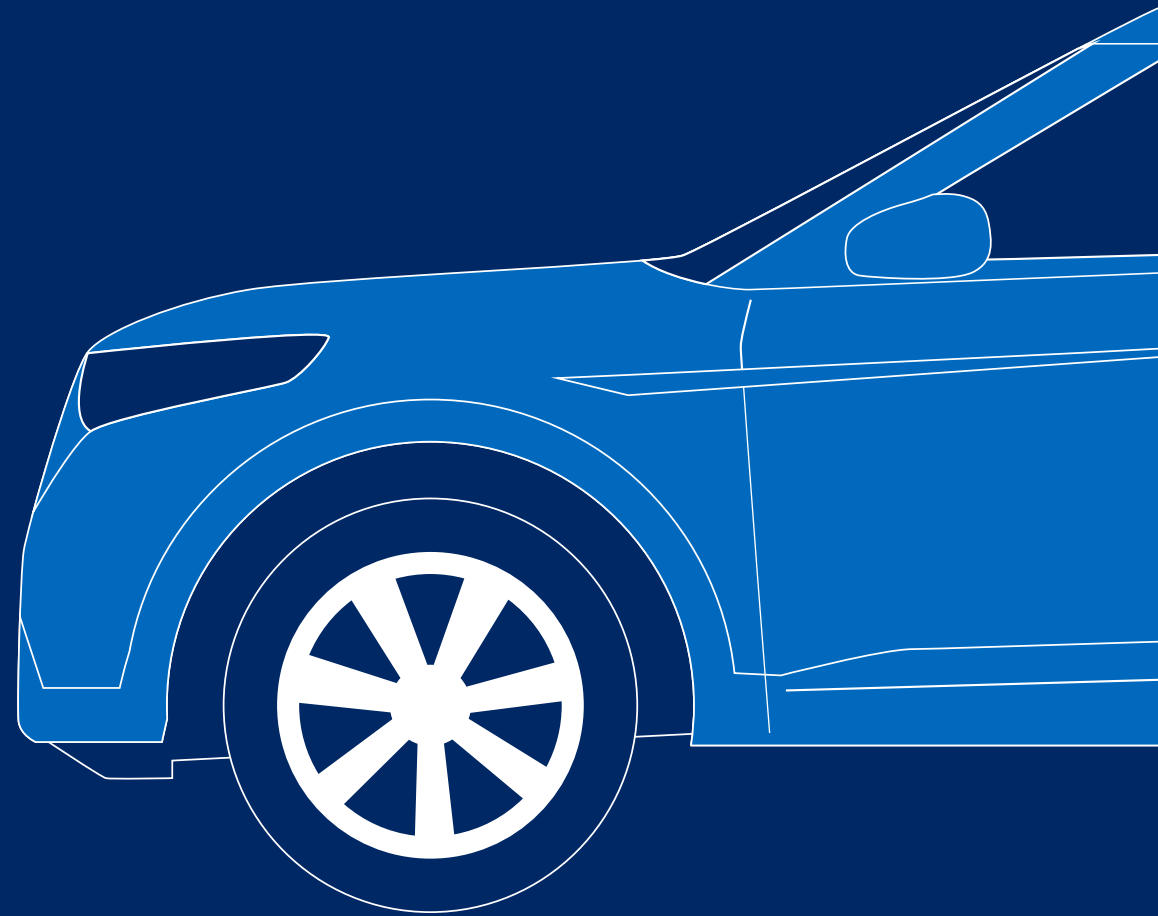
Einen höheren Beitrag für den Klimaschutz leisten - das wollen mehr als die Hälfte der Befragten. Fast genauso hoch ist die Bereitschaft zum Verzicht auf einen Teil des Wohlstands.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland will mehr tun, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Gut jede:r zweite Befragte will sich hier stärker engagieren (57 Prozent). Die Hälfte würde für einen besseren Umwelt- und Klimaschutz sogar Einbußen beim Wohlstand hinnehmen. 41 Prozent der Bundesbürger:innen gibt an, dass der Klimawandel ihre grundlegenden Lebensentscheidungen beeinflusst - etwa die Wahl des Wohnortes oder die Frage, ob man Kinder bekommen will. Das gilt besonders für die Jüngeren: Bei den 16- bis 29-jährigen liegt der Anteil bei 46 Prozent und bei den 30- bis 39-jährigen sogar bei 48 Prozent.

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Statements zum Klimawandel zu oder nicht zu | Basis: 1.000 befragte Personen

Verantwortung für die Lösung der Klimakrise

2



Politik und Wirtschaft werden in die Pflicht genommen

Wer trägt die Hauptverantwortung für die Lösung globaler Klima- und Umweltprobleme?



53%

Politik (international, europäisch und/oder national)



6%

Wissenschaft



20%

Wirtschaft/Industrie



2%

Städte und Gemeinden



8%

Bürger:innen



1%

Gemeinnützige Organisationen und Vereine

Verbraucher:innen sehen in der nationalen wie internationalen Politik besonders hohen Handlungsbedarf für den Klimaschutz.

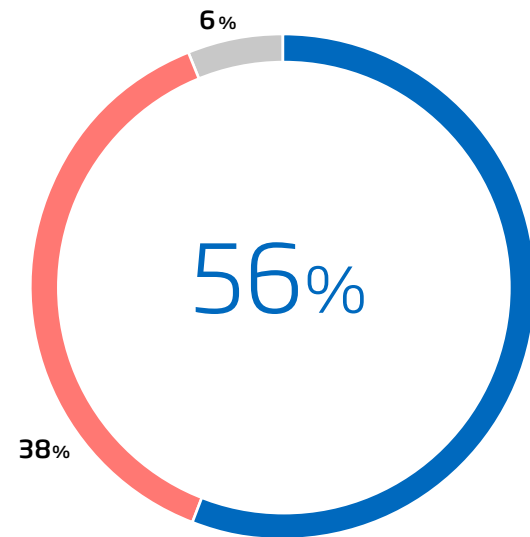
Insgesamt gut jede:r Zweite sieht politische Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen in der Verantwortung für die Lösung der globalen Umwelt- und Klimaprobleme (53 Prozent). Die internationale Politik mit Organisationen wie den Vereinten Nationen nehmen die Befragten besonders in die Pflicht. Gut ein Viertel (27 Prozent) verortet hier die Verantwortung für die Lösung der globalen Klima- und Umweltprobleme. Doch auch der Bundesregierung (15 Prozent) und der europäischen Politik (12 Prozent) wird häufig die Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel zugesprochen. Allerdings ist der Wert für die Wirtschaft noch etwas höher (20 Prozent). Die Bürger:innen selbst spielen nach Ansicht der Befragten eine untergeordnete Rolle, noch geringer liegt der Wert für die Wissenschaft.

Frage: Wer sollte in erster Linie Verantwortung für die Lösung globaler Klima- und Umweltprobleme übernehmen? | Basis: 1.000 befragte Personen

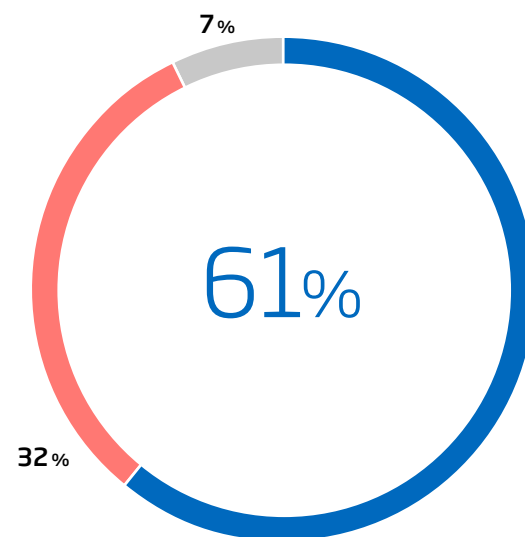
Berlin und Brüssel tun zu wenig für den Klimaschutz

Einsatz der Bundesregierung und der EU für den Klimaschutz

„Die Bundesregierung in Deutschland tut viel zu wenig für den Klimaschutz.“



„Auf EU-Ebene wird zu wenig für den Klimaschutz getan.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu oder nicht zu? | Basis: 1.000 befragte Personen

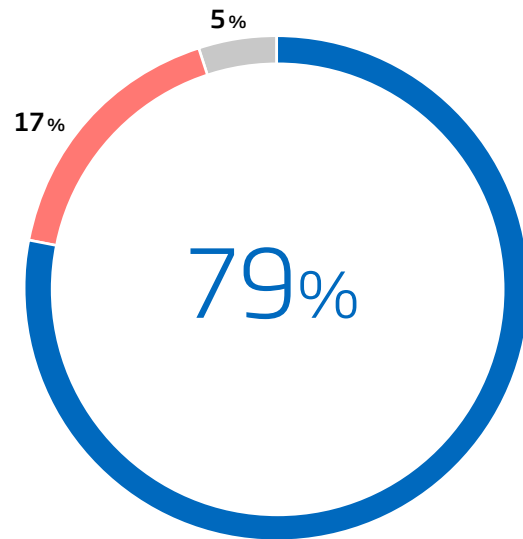
Der Einsatz für den Klimaschutz ist in der Politik zu gering, findet die Mehrheit der Befragten.

Die Bundesregierung vernachlässigt den Klimaschutz – und auch auf EU-Ebene geschieht zu wenig: Diese Einschätzung teilen mehr als die Hälfte der Befragten. Wobei der Wert für die EU (61 Prozent) höher ist als für die deutsche Regierung (56 Prozent). Überdurchschnittlich hoch ist die Unzufriedenheit mit der EU bei Menschen über 60 Jahren (67 Prozent). Unter den 16- bis 29-Jährigen ist der Anteil derjenigen am höchsten, die der Ansicht sind, dass die Bundesregierung zu wenig für den Klimaschutz tut (61 Prozent).

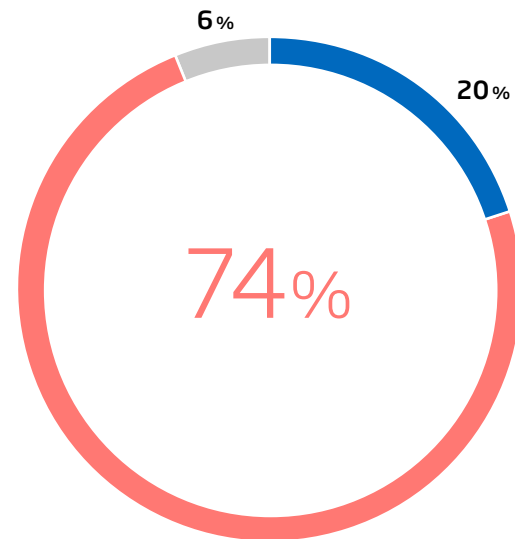
Proteste der „Letzten Generation“ stoßen auf Ablehnung

Bewertung der Proteste von Klimaschutzbewegungen und Umweltaktivisten

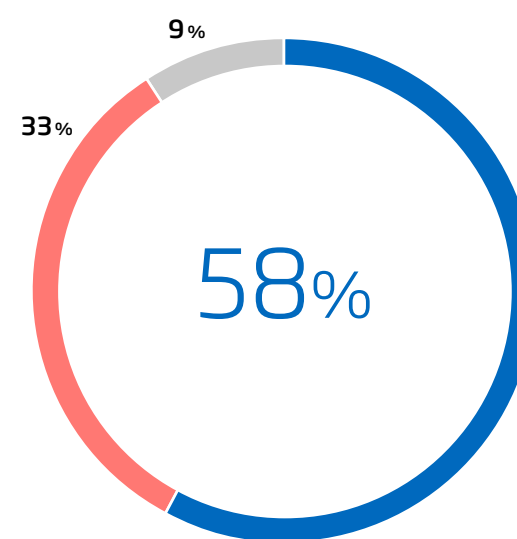
„Die Form des Protests der „Letzten Generation“
geht eindeutig zu weit.“



„Die Form des Protests der „Letzten Generation“
ist notwendig, damit Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft endlich entschlossen handeln.“



„Die Proteste von „Fridays for Future“ (Greta
Thunberg) sind angemessener als die der
„Letzten Generation“.“



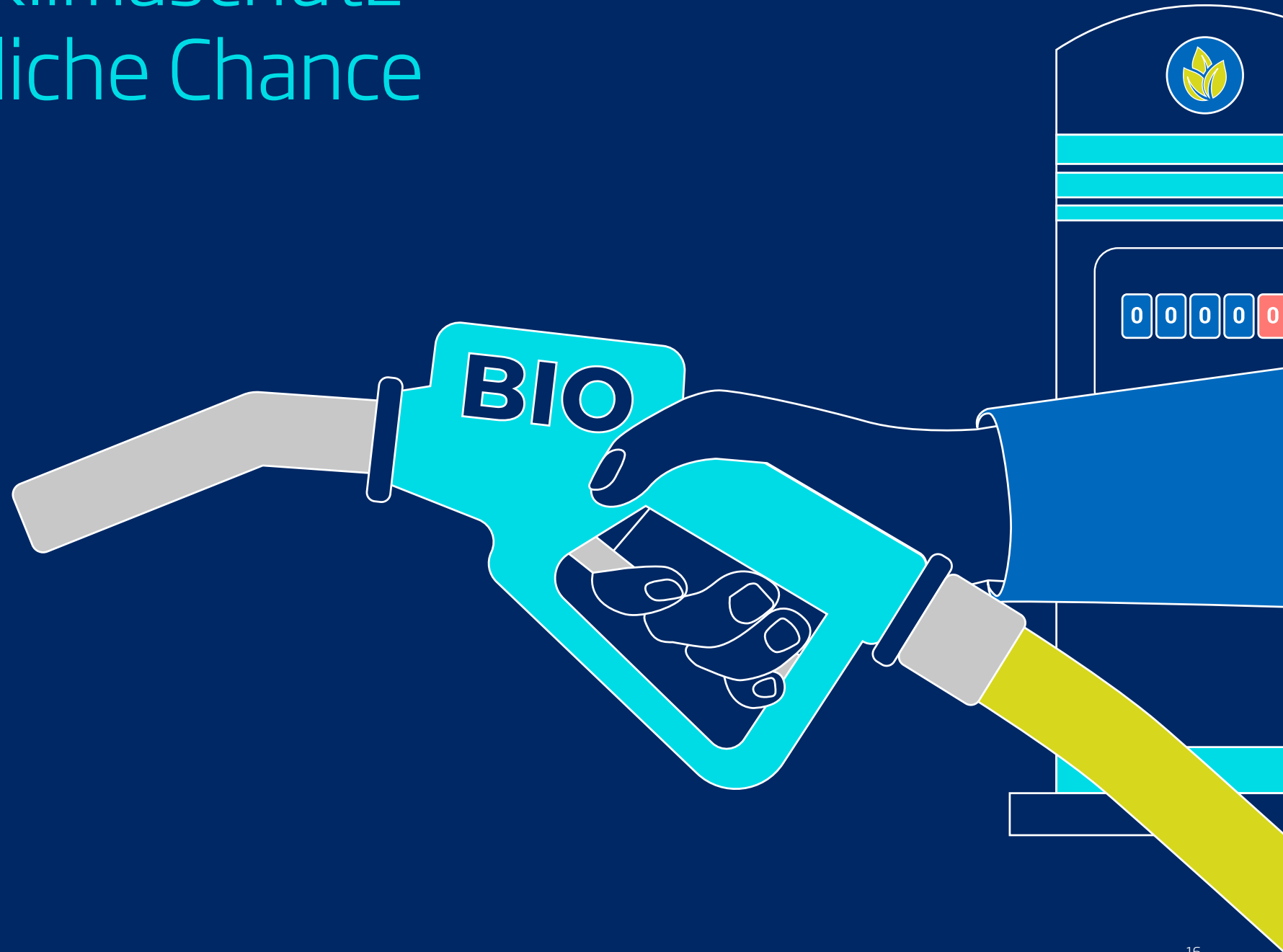
■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Die „Letzte Generation“ findet mit ihren Protestaktionen wenig Rückhalt in der Bevölkerung – im Gegensatz zu Greta Thunbergs „Fridays for Future“.

Die Hände auf Straßen festkleben, um den Verkehr zu blockieren und gegen den Klimawandel zu protestieren – mit ihren Aktionen trifft die „Letzte Generation“ auf wenig Verständnis. Mehr als drei Viertel der Befragten (79 Prozent) gehen die Proteste zu weit – bei den über 50-Jährigen liegt der Anteil etwas höher. Dagegen hält sie jede:r Fünfte für notwendig, um ein entschlossenes Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Unter den 30- bis 39-Jährigen vertritt sogar fast jede:r Dritte diese Position (31 Prozent). Mit 58 Prozent fällt die Zustimmung für die von der schwedischen Umweltaktivistin Greta Thunberg ins Leben gerufenen „Fridays for Future“ insgesamt deutlich höher aus.

Umwelt- und Klimaschutz als wirtschaftliche Chance

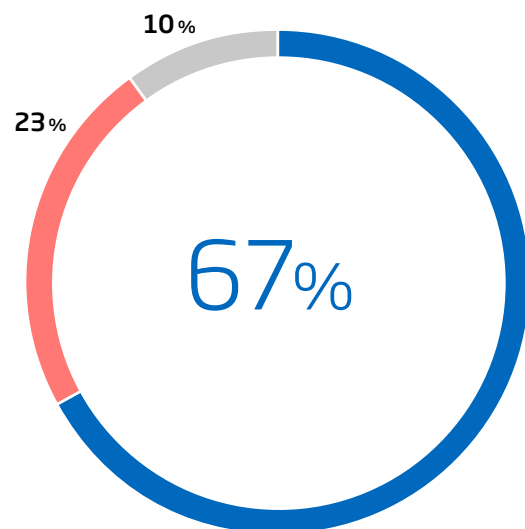
3



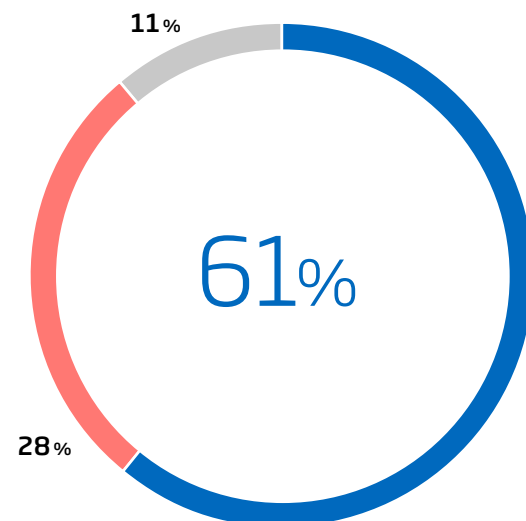
Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft

Notwendigkeit und Vorteile einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft

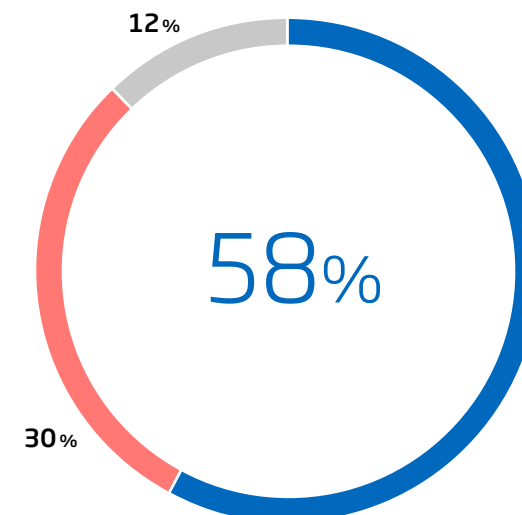
„Es ist jetzt notwendig, massiv in die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft zu investieren.“



„Klimaschutz jetzt ist günstiger als die durch den Klimawandel bedingten Folgekosten.“



„Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik bietet vielfältige wirtschaftliche Chancen, z.B. neue Arbeitsplätze oder Exportmöglichkeiten.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Basis: 1.000 befragte Personen | Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Die Mehrheit der Befragten zeigt sich überzeugt, dass eine ambitionierte Klimaschutzpolitik auch viele wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt.

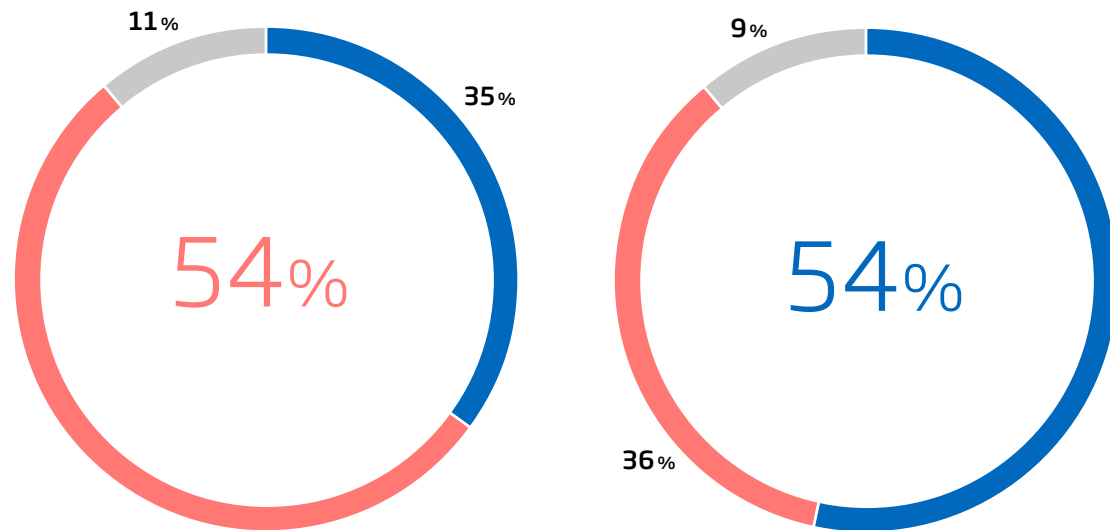
Neue Arbeitsplätze oder zusätzliche Absatzmärkte im Export – eine ambitionierte Klimaschutzpolitik eröffnet der Wirtschaft neue Möglichkeiten. Dieser Ansicht ist eine Mehrheit der Befragten (58 Prozent). Zwei Drittel halten massive Investitionen in eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft für notwendig. 61 Prozent glauben, dass Klimaschutzmaßnahmen zum aktuellen Zeitpunkt günstiger sind als die Folgekosten des Klimawandels.

Viele haben Sorge um den gesellschaftlichen Wohlstand

Folgen von Klimaschutz-Investitionen für unsere Lebensweise

„Mit Techninnovationen werden wir das Problem des Klimawandels lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise grundlegend ändern müssen.“

„Ein wirksamer Umwelt- und Klimaschutz in Industrieländern wie Deutschland wird mit einem Wohlstandsverlust einhergehen.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht/überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zum Klima- und Umweltschutz in der Wirtschaft zu oder nicht zu? | Basis: 1.000 befragte Personen

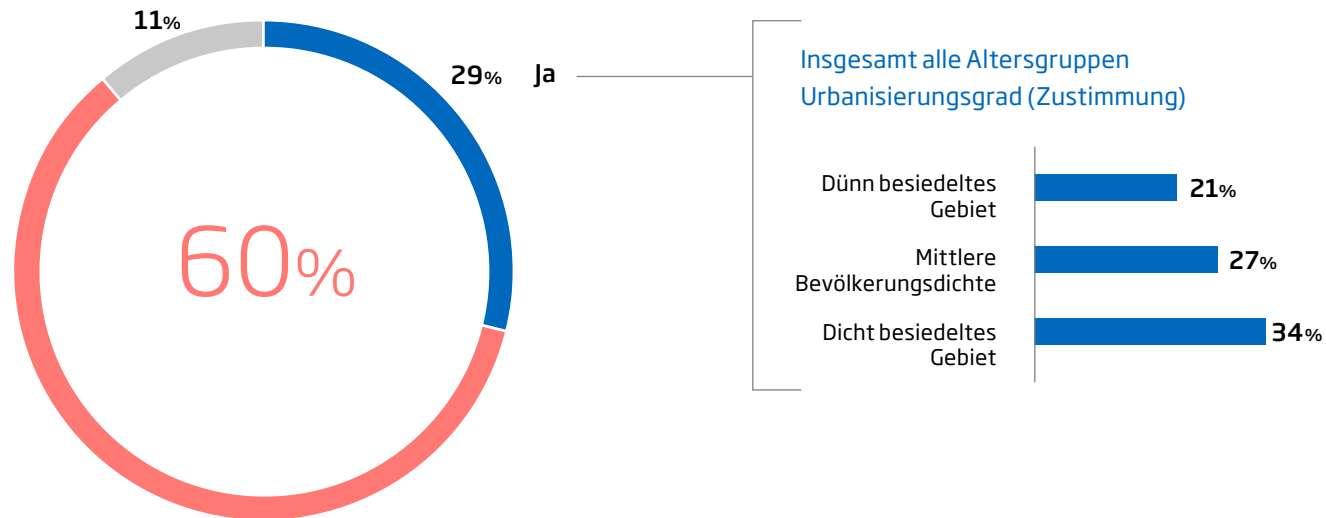
Ein wirksamer Klimaschutz schmälert den Wohlstand, glaubt eine Mehrheit.

Lässt sich der Klimawandel mit technischen Innovationen stoppen, ohne dass die Menschen ihre Lebensweise ändern müssen? Immerhin ein gutes Drittel der Befragten (35 Prozent) ist dieser Ansicht. Vor allem die 16- bis 29-jährigen und 30- bis 39-jährigen sind hier zuversichtlich (je 40 Prozent). Die Mehrheit allerdings befürchtet einen Wohlstandsverlust, wenn Industrieländer einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz umsetzen (54 Prozent). Besonders ausgeprägt ist diese Sorge bei den über 60-jährigen (61 Prozent).

Falscher Zeitpunkt für den Klimaschutz?

Einfluss der konjunkturellen Lage auf Klimaschutz-Investitionen

„Angesichts der wirtschaftlichen Lage ist jetzt der falsche Zeitpunkt, um Investitionen in den Klimaschutz zu tätigen.“



■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht /überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zum Klima- und Umweltschutz in der Wirtschaft zu oder nicht zu? | Basis: 1.000 befragte Personen

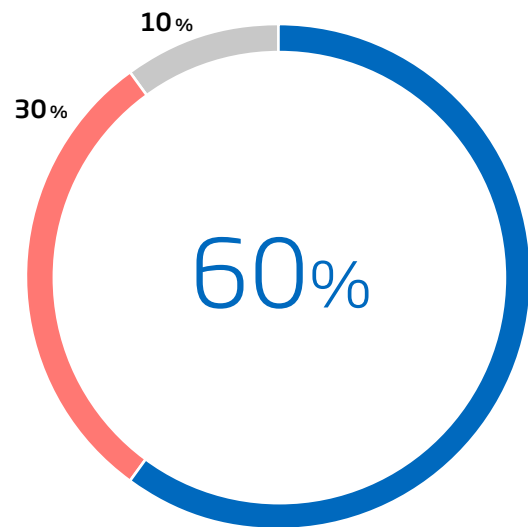
Die hohe Inflation und schwächelnde Konjunktur sind für die meisten kein Hinderungsgrund für Klimaschutz-Investitionen.

Wirtschaftlich schwierige Zeiten sollten nicht dazu führen, den Klimaschutz zu vernachlässigen – dieser Ansicht ist die Mehrheit der Befragten. Weniger als ein Drittel (29 Prozent) glauben, dass es aktuell der falsche Zeitpunkt für Klimaschutz-Investitionen ist. Deutlich über diesem Wert liegen allerdings die 30- bis 39-jährigen, die Ausgaben für mehr Nachhaltigkeit kritisch sehen (41 Prozent). Am geringsten ist die Zustimmung für die Aussage, dass Klimaschutz-Investitionen derzeit nicht angebracht sind, in dünn besiedelten Gebieten (21 Prozent). In dicht besiedelten Gebieten liegt der Wert deutlich höher (34 Prozent).

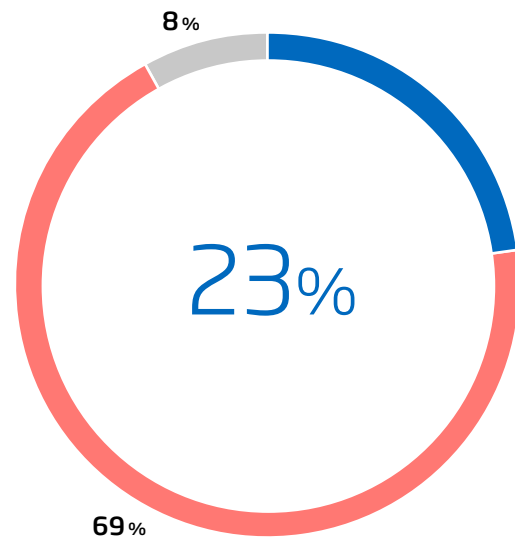
Unternehmen brauchen Hilfe vom Staat

Notwendigkeit staatlicher Förderung von Klimaschutzmaßnahmen der Wirtschaft

„Unternehmen sollten für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen staatliche Förderung erhalten.“



„Freiwillige unternehmerische Nachhaltigkeitsmaßnahmen reichen aus, um die Klima- und Umweltprobleme zu lösen.“

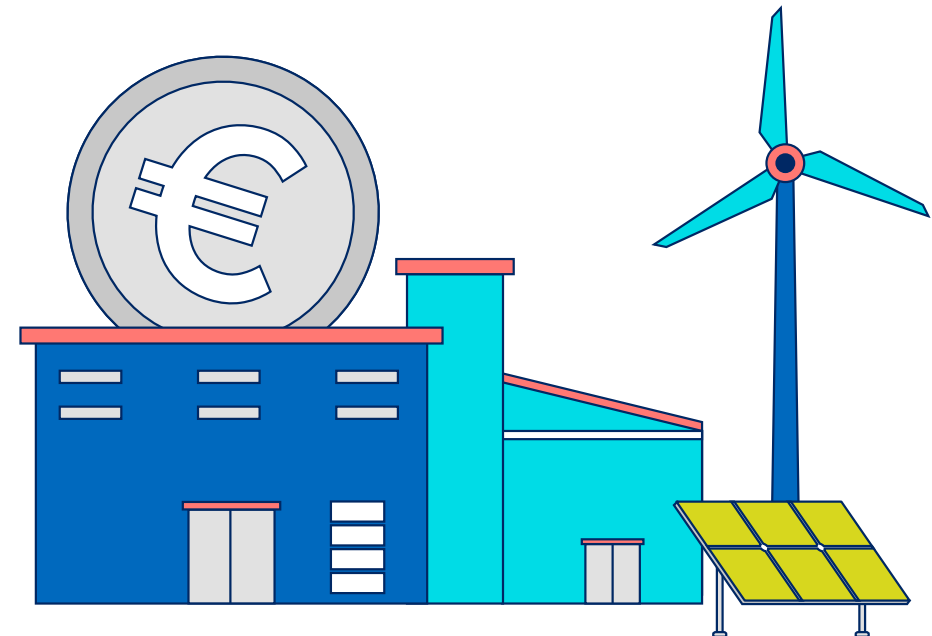


■ Stimme voll/eher zu ■ Stimme eher nicht /überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zum Klima- und Umweltschutz in der Wirtschaft zu oder nicht zu? | Basis: 1.000 befragte Personen

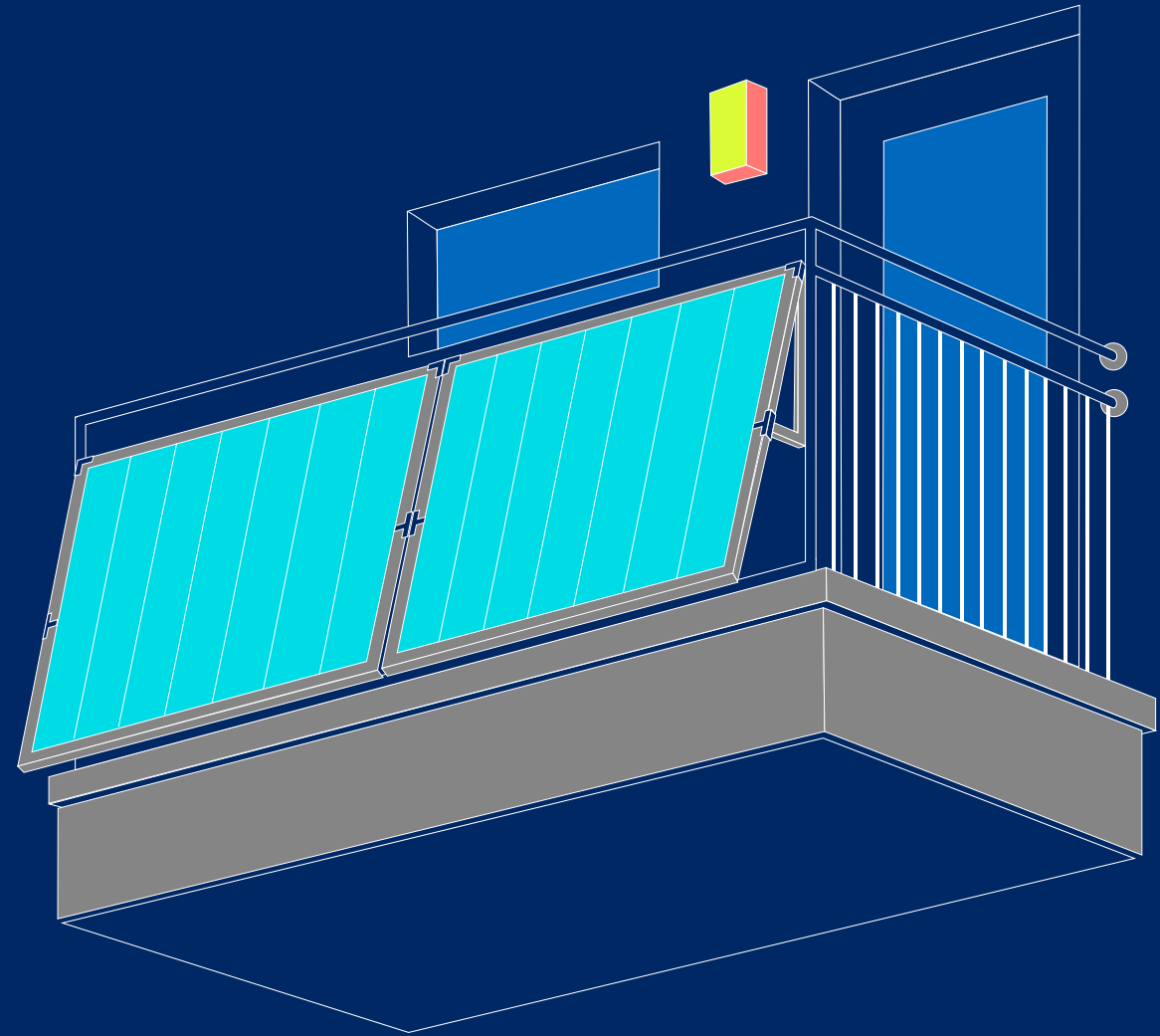
Die Wirtschaft benötigt finanzielle Unterstützung vom Staat, um Klimaschutzmaßnahmen zu stemmen - diese Ansicht teilt eine deutliche Mehrheit.

Der Staat sollte Unternehmen nach Ansicht von 60 Prozent der Befragten bei Investitionen in den Klimaschutz unterstützen. Besonders stark ist der Zuspruch für die staatliche Förderung bei den 16- bis 29-Jährigen (60 Prozent). Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung stetig - bei den über 60-Jährigen ist nur gut die Hälfte (50 Prozent) für einen erhöhten Einsatz des Staates. Dass freiwillige Maßnahmen in den Unternehmen ausreichen, um Klima- und Umweltprobleme zu lösen, glaubt nur eine Minderheit (23 Prozent).



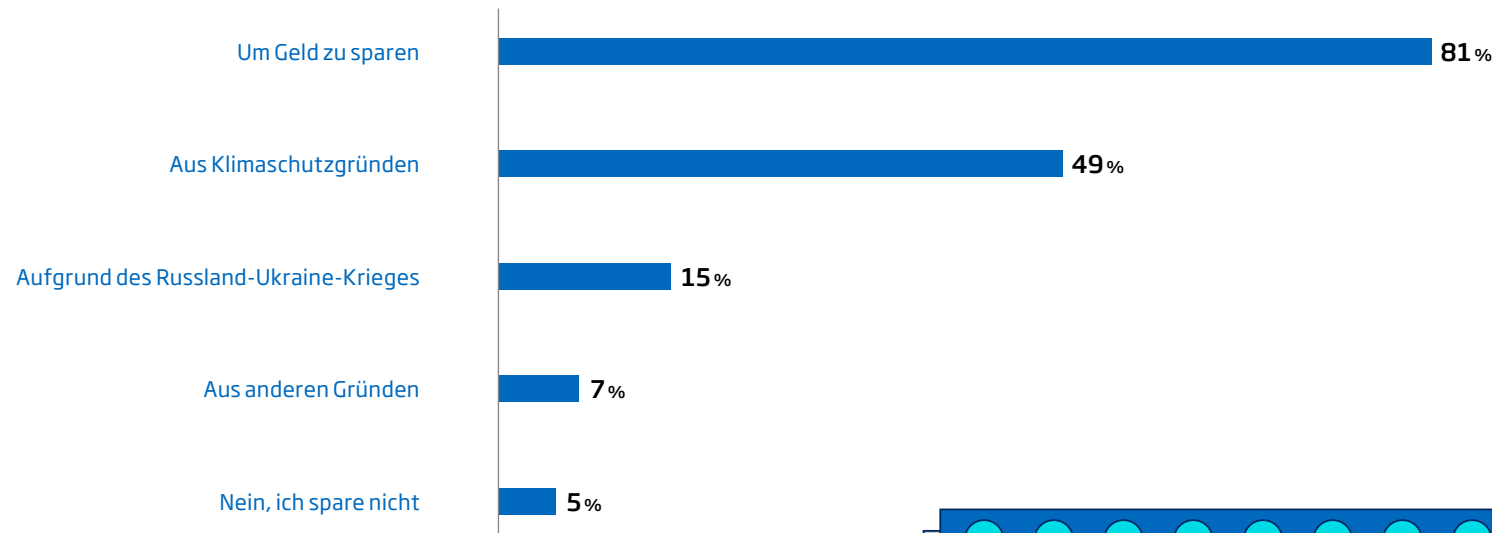
Energiewende – Wege zu nachhaltigen Alternativen

4



Beim Energiesparen geht es vor allem ums Geld

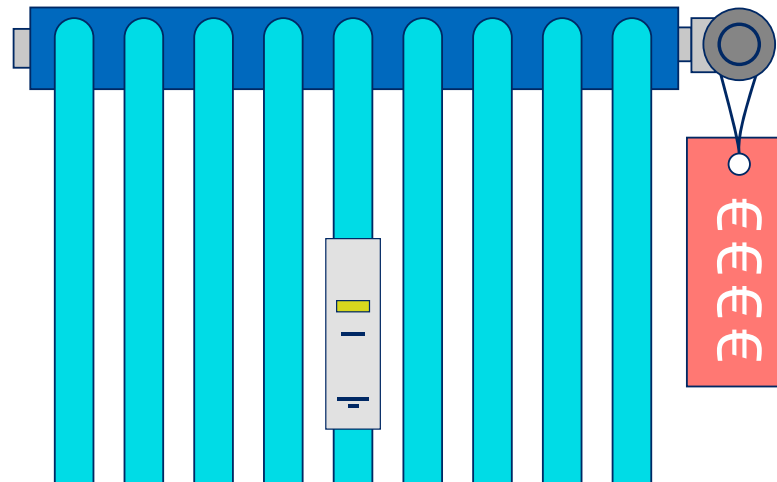
Warum Verbraucher:innen Energie sparen



Frage: Sparen Sie Energie? Wenn ja, aus welchen Gründen? (Mehrfachnennungen) | Basis: 1.000 befragte Personen

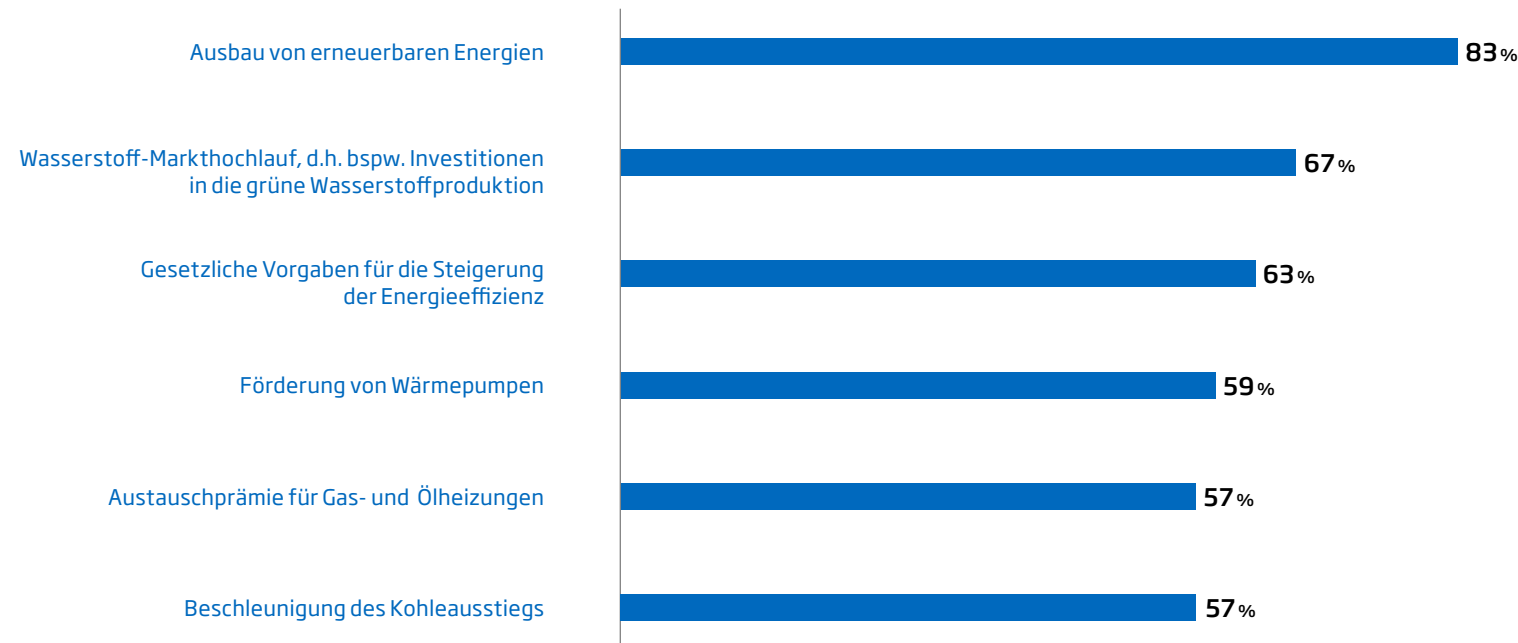
Entlastung für das Haushaltsbudget - das ist die Hauptmotivation, wenn Verbraucher:innen ihren Energieverbrauch drosseln. Doch auch Nachhaltigkeit zählt für viele.

Sparsamer Umgang mit Energie - für fast alle Verbraucher:innen in Deutschland ist das normal (95 Prozent). Der Schutz ist dafür aber nicht der wichtigste Beweggrund. Den meisten geht es darum, Geld zu sparen (81 Prozent). Klimaschutzgründe bewegen fast die Hälfte der Menschen dazu, weniger Strom oder Gas zu verbrauchen (49 Prozent). Bei den Befragten mit einem hohen Bildungsabschluss ist das ökologische Bewusstsein besonders ausgeprägt (59 Prozent). Der Russland-Ukraine-Krieg - und die damit einhergehenden steigenden Energiepreise - wird nur von einer Minderheit als ausschlaggebend dafür angesehen, den eigenen Energieverbrauch zu verringern.



Große Mehrheit fordert Ausbau der Erneuerbaren

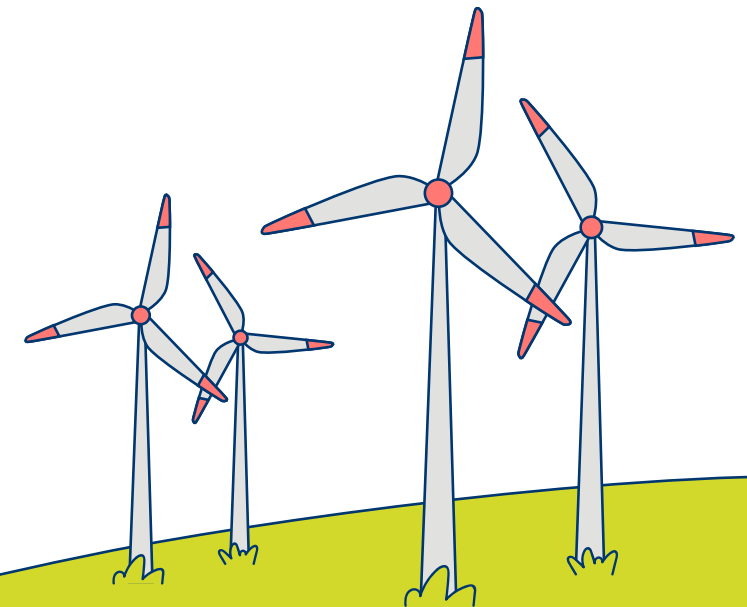
Bewertung verschiedener Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit im Energiesektor



Frage: Es gibt unterschiedliche Vorschläge im Energiebereich, um den Klimaschutz voranzubringen. Inwieweit sind die folgenden politischen Maßnahmen Ihrer Ansicht nach dafür sinnvoll? | Basis: 1000 befragte Personen | Antworten für "sehr sinnvoll" und "eher sinnvoll"

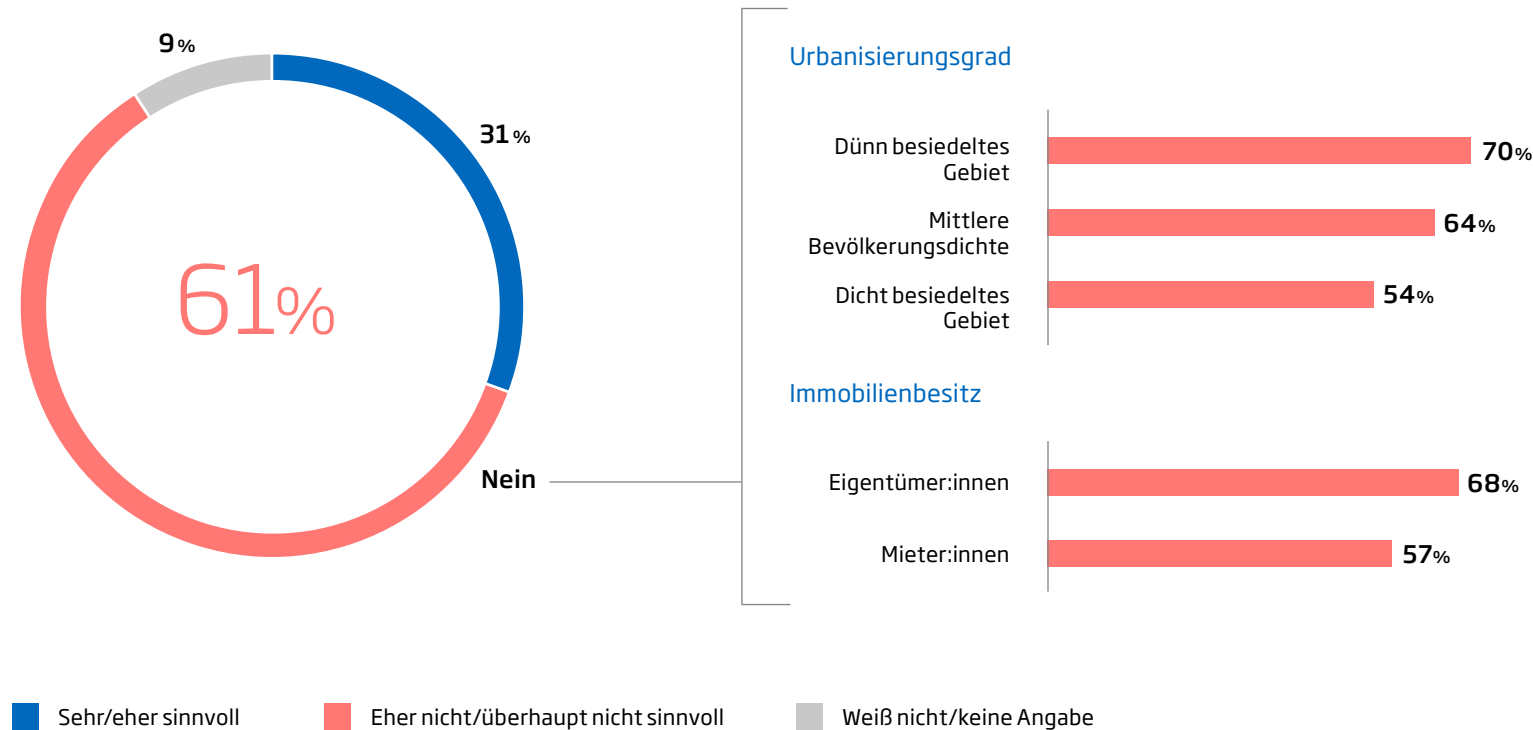
Die höchste Bedeutung für mehr Nachhaltigkeit im Energiesektor schreiben Verbraucher:innen dem Ausbau der erneuerbaren zu. Doch auch viele weitere Maßnahmen finden Anklang.

Solarenergie, Wind- oder Wasserkraft: Gut vier von fünf Verbraucher:innen befürworten den Ausbau der erneuerbaren Energien. Daneben findet auch der Schwenk zur nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft viel Zustimmung, ebenso wie gesetzliche Vorgaben für mehr Energieeffizienz. Jeweils fast sechs von zehn Befragten unterstützen zudem die Förderung von Wärmepumpen, eine Austauschprämie für Gas- und Ölheizungen sowie einen beschleunigten Kohleausstieg.



Mehrheit gegen ein Verbot von Öl- und Gasheizungen

Einstellung zum Verbot von Öl- und Gasheizungen



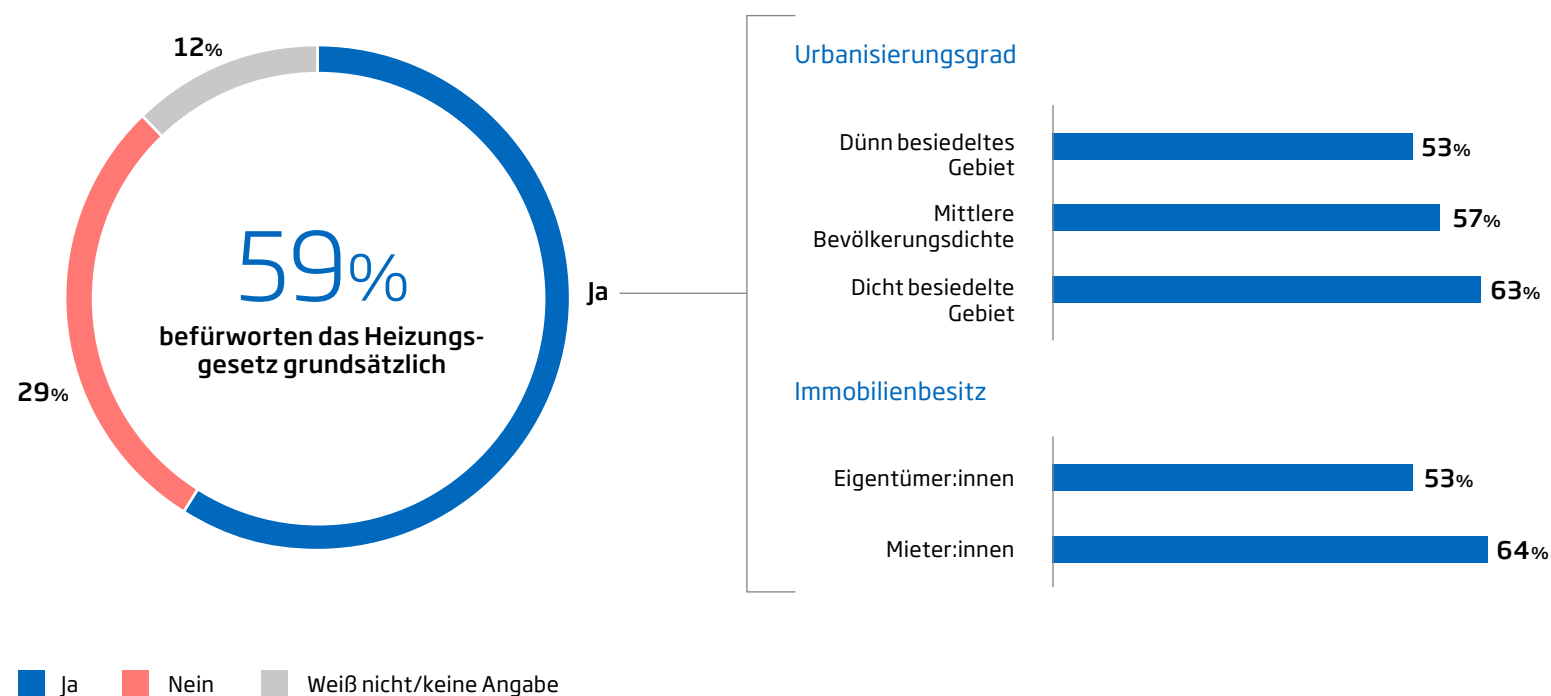
Ein staatlich verordnetes Aus für Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, befürwortet nur ein knappes Drittel der Verbraucher:innen.

Sollte die Regierung Öl- und Gasheizungen verbieten? 61 Prozent der Verbraucher:innen halten das nicht für sinnvoll. Besonders stark ist die Ablehnung bei den 50- bis 59-jährigen (67 Prozent). Grundsätzlich ist der Widerstand gegen ein Verbot in ländlichen Regionen größer (70 Prozent) als in Städten (54 Prozent). Zwar lehnen Eigentümer:innen von Immobilien das Verbot fossil betriebener Heizungen überdurchschnittlich häufig ab (68 Prozent). Doch auch bei Mieter:innen ist diese Haltung häufig zu finden (57 Prozent).

Frage: Es gibt unterschiedliche Vorschläge im Energiebereich, um den Klimaschutz voranzubringen. Inwieweit sind die folgenden Maßnahmen nach Ihrer Ansicht sinnvoll?
Verbot von Öl- und Gasheizungen | Basis: 1.000 befragte Personen

Zustimmung zu Teilen des Heizungsgesetzes

Einstellung zum verpflichtenden Ersatz von kaputten Öl- und Gasheizungen durch nachhaltigere Alternativen



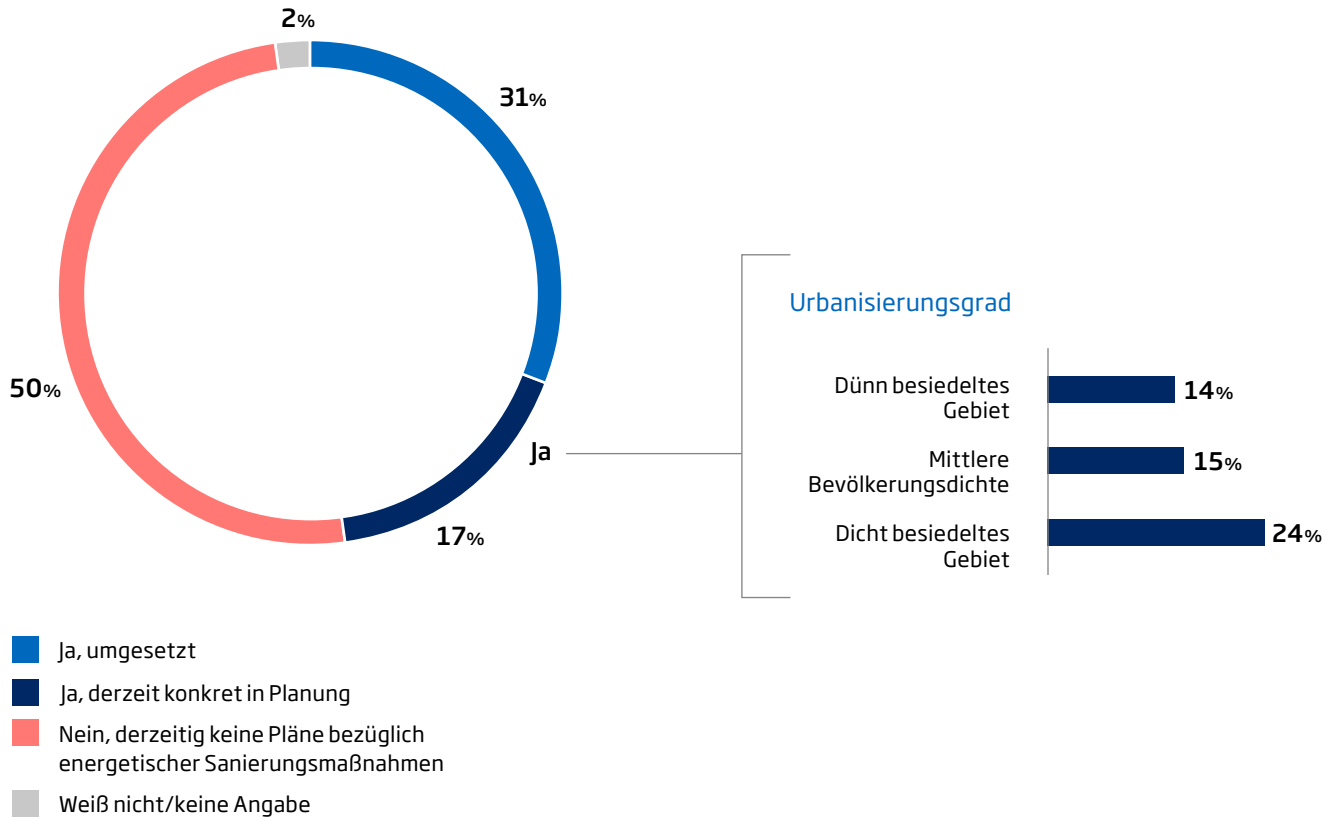
Knapp sechs von zehn Befragten befürworten die im Gebäudeenergiegesetz vorgesehene Pflicht zum Austausch defekter Gas- und Ölheizungen durch umweltfreundlichere Anlagen.

Geht die Öl- oder Gasheizung kaputt, dann sollten die Immobilienbesitzer verpflichtend auf eine klimaschonendere Alternative umsteigen. Eine deutliche Mehrheit der Befragten befürwortet diese im sogenannten Heizungsgesetz der Bundesregierung vorgesehene Regelung (59 Prozent). Die höchste Zustimmung findet sich bei Mieter:innen (64 Prozent) und in dicht besiedelten Gebieten (63 Prozent). Doch auch die Eigentümer:innen von Immobilien zeigen sich mehrheitlich aufgeschlossen für eine solche Vorgabe (53 Prozent).

Frage: Für die Umstellung der Wärmeversorgung auf nachhaltige Energiequellen sind derzeit neue Vorgaben für Heizungsanlagen in Gebäuden geplant. Ein entsprechender Gesetzesentwurf – das sogenannte Heizungsgesetz – liegt vor. Befürworten Sie grundsätzlich, dass kaputte Öl- und Gasheizungen durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden müssen? | Basis: 1.000 befragte Personen

Energetische Sanierung kommt voran

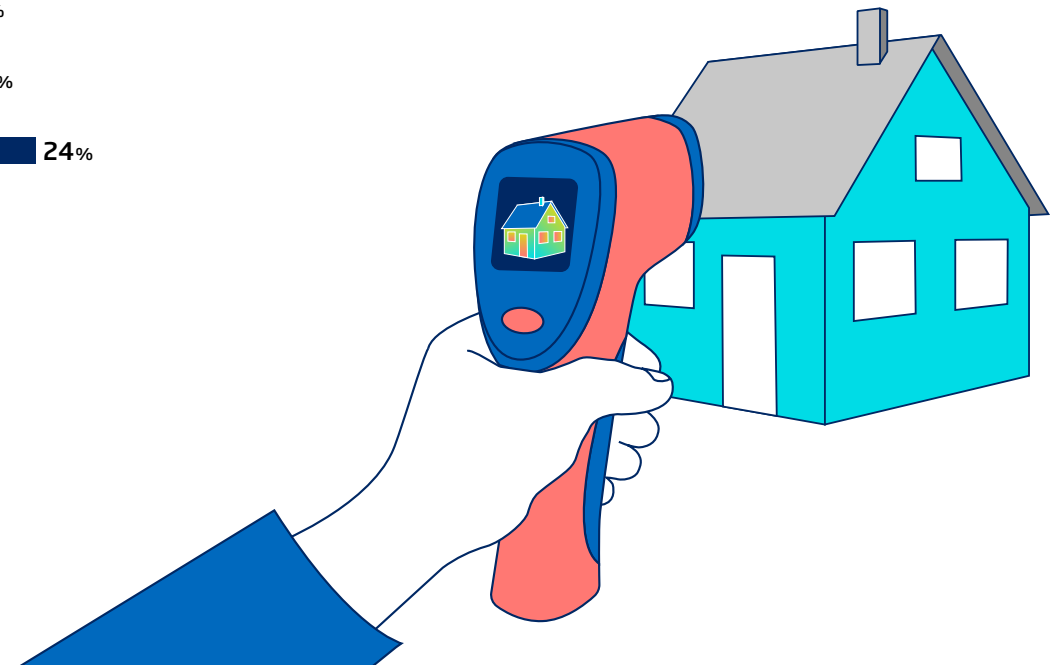
Investitionen von Immobilien-Eigentümer:innen in energetische Sanierung



Frage: Haben Sie in den vergangenen zwei Jahren an Ihrer Immobilie Maßnahmen für eine verbesserte Energieeffizienz, zum Beispiel Dämmung oder Installation von erneuerbaren Energien, umgesetzt oder planen diese? | Basis: 388 Verbraucher:innen, die (Mit)Eigentümer:innen oder Vermieter:innen von Immobilien sind

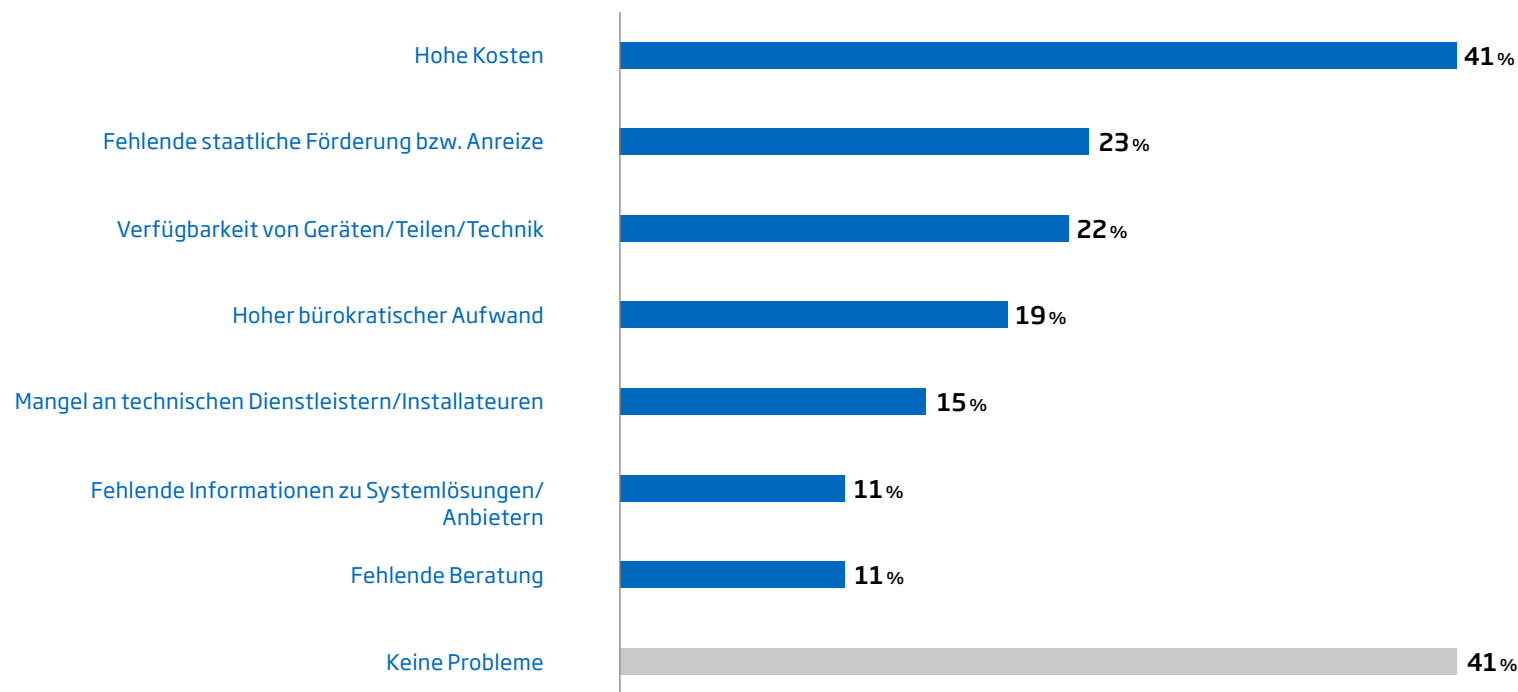
Immobilien-Eigentümer:innen erhöhen ihren Einsatz für eine höhere Energieeffizienz.

Ob Dämmung, der Einbau neuer Heizungen oder die Installation von Solaranlagen: Knapp ein Drittel der Eigentümer:innen von Immobilien hat in den vergangenen zwei Jahren in mehr Nachhaltigkeit und eine verbesserte Energieeffizienz investiert. Bei weiteren 17 Prozent ist ein solcher Schritt konkret in Planung. Überdurchschnittlich hoch ist die Sanierungstätigkeit in Großstädten (24 Prozent), deutlich geringer dagegen im ländlichen Raum (14 Prozent).



Hohe Kosten erschweren Sanierungsmaßnahmen

Probleme bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen



Frage: Gab es Probleme bei der Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen? Wenn ja, welche? | Basis: 121 Verbraucher:innen, die (Mit)Eigentümer oder Vermieter von Immobilien sind und in den letzten zwei Jahren energetische Sanierungsmaßnahmen vorgenommen haben

Mehr als die Hälfte der Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare laufen nicht glatt - größtes Problem sind die Kosten.

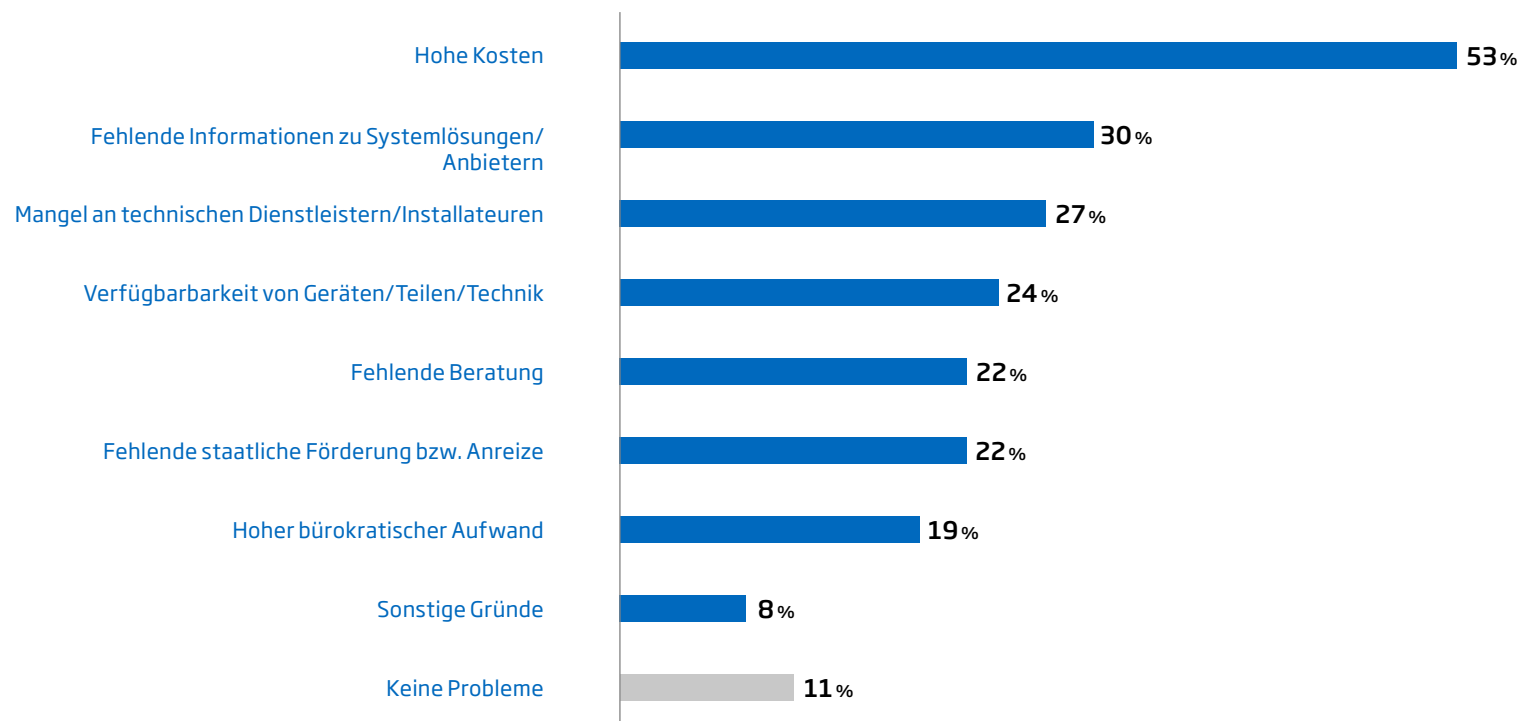
Der Weg zu mehr Nachhaltigkeit erweist sich für Immobilien-Eigentümer:innen oft als steinig. Bei 58 Prozent der Befragten, die eine energetische Sanierung gemacht haben, gab es Probleme bei der Umsetzung. Größte Schwierigkeit waren hohe Kosten. Etwa jeder:r fünfte Befragte beklagt fehlende staatliche Anreize, die mangelnde Verfügbarkeit von Geräten sowie einen hohen bürokratischen Aufwand. Auch der Mangel an technischen Dienstleistern erwies sich in einigen Fällen als Problem.

31%

der Eigentümer:innen und Vermieter:inne haben in den letzten zwei Jahren an ihren Immobilien Maßnahmen für eine verbesserte Energieeffizienz durchgeführt.

Viele Probleme schon bei der Planung der Sanierung

Probleme bei der Planung von Energieeffizienzmaßnahmen



Frage: Gibt es Probleme bei der Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen? Wenn ja, welche? | Basis: 67 Verbraucher:innen, die (Mit)Eigentümer:innen oder Vermieter:innen von Immobilien sind und derzeit energetische Sanierungsmaßnahmen planen (geringe Fallzahl)

Bei fast neun von zehn Energieeffizienz-Maßnahmen in Gebäuden gibt es bereits bei der Planung Probleme.

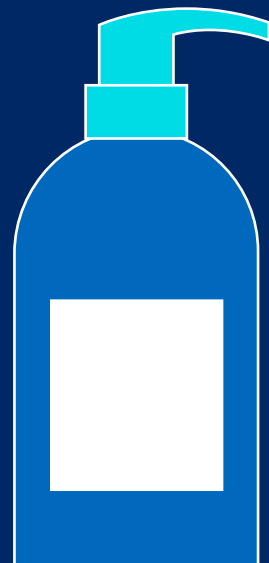
Eigentümer:innen von Immobilien müssen auf dem Weg zu einer energetischen Sanierung viele Hürden überwinden. 86 Prozent der Befragten, die Energieeffizienz-Investitionen planen, erleben dabei Probleme. Als das größte nennen sie hohe Kosten vor fehlenden Informationen über Lösungen und Anbieter und einen Mangel an technischen Dienstleistern. Doch auch bei der Verfügbarkeit von Geräten hapert es recht häufig. Etwa jeder fünfte Befragte sieht fehlende staatliche Förderung sowie einen hohen bürokratischen Aufwand als Schwierigkeit.

17%

der Eigentümer:innen und Vermieter:inne planen derzeit konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Energieeffizienz an ihren Immobilien.

Nachhaltiges Konsumverhalten

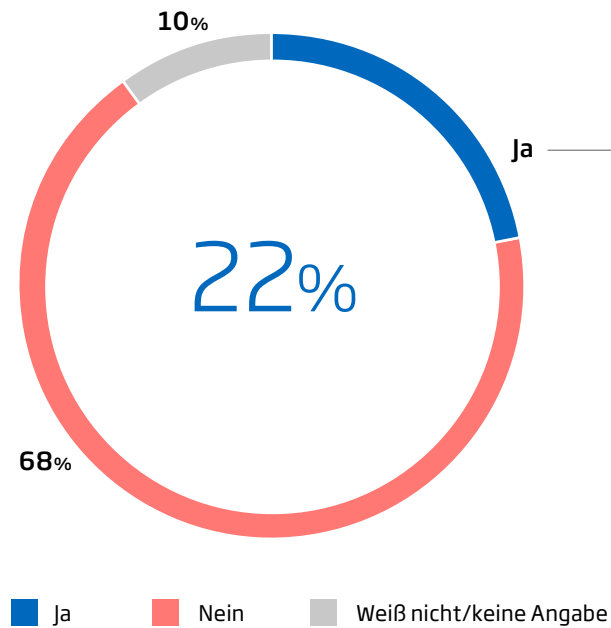
5



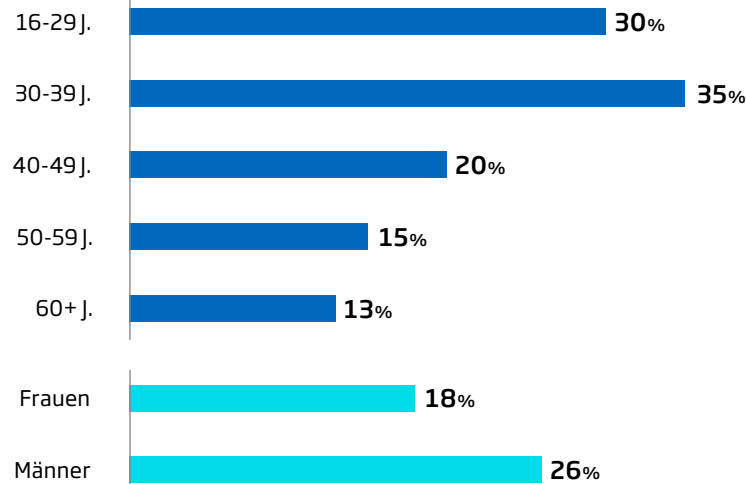
Nur wenige kennen ihren persönlichen CO₂-Fußabdruck

Kenntnis über des eigenen CO₂-Fußabdrucks

Ich kenne meinen persönlichen allgemeinen CO₂-Fußabdruck, d.h. die Menge an CO₂-Emissionen, die durch den eigenen Lebensstil verursacht werden.



Alter & Geschlecht



Wie groß ist die Menge an CO₂, die durch den eigenen Lebensstil freigesetzt wird? Nur gut jede:r fünfte Befragte kann darauf eine Antwort geben.

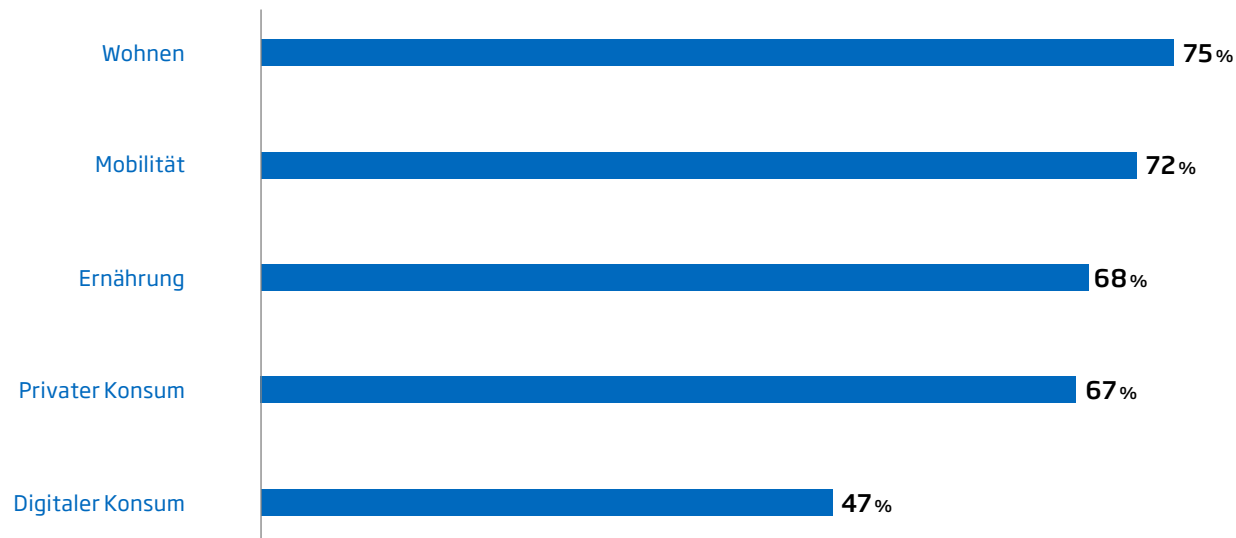
Die Höhe des eigenen Ressourcenverbrauchs – der so genannte CO₂-Fußabdruck – ist vielen Verbraucher:innen nicht bekannt. Nur gut jede:r fünfte Befragte weiß darüber Bescheid, wie hoch der persönliche CO₂-Ausstoß unter anderem durch das Mobilitätsverhalten, die Wohnsituation oder die Ernährung ist. Etwas höher liegt die Zahl der Informierten in Großstädten oder unter Befragten mit hohen Bildungsabschlüssen (je 27 Prozent). Grundsätzlich setzen sich Personen unter 40 Jahren überdurchschnittlich häufig mit ihrem CO₂-Fußabdruck auseinander – zudem Männer (26 Prozent) deutlich öfter als Frauen (18 Prozent).



Frage: Kennen Sie Ihren persönlichen allgemeinen CO₂-Fußabdruck, d.h. die Menge an CO₂-Emissionen, die Sie durch Ihren Lebensstil verursachen? | Basis: 1.000 befragte Personen

Wo Verbraucher:innen Verzicht für wichtig halten ...

Besondere Notwendigkeit von Verzicht für einen besseren Klimaschutz



■ Stimme voll/eher zu

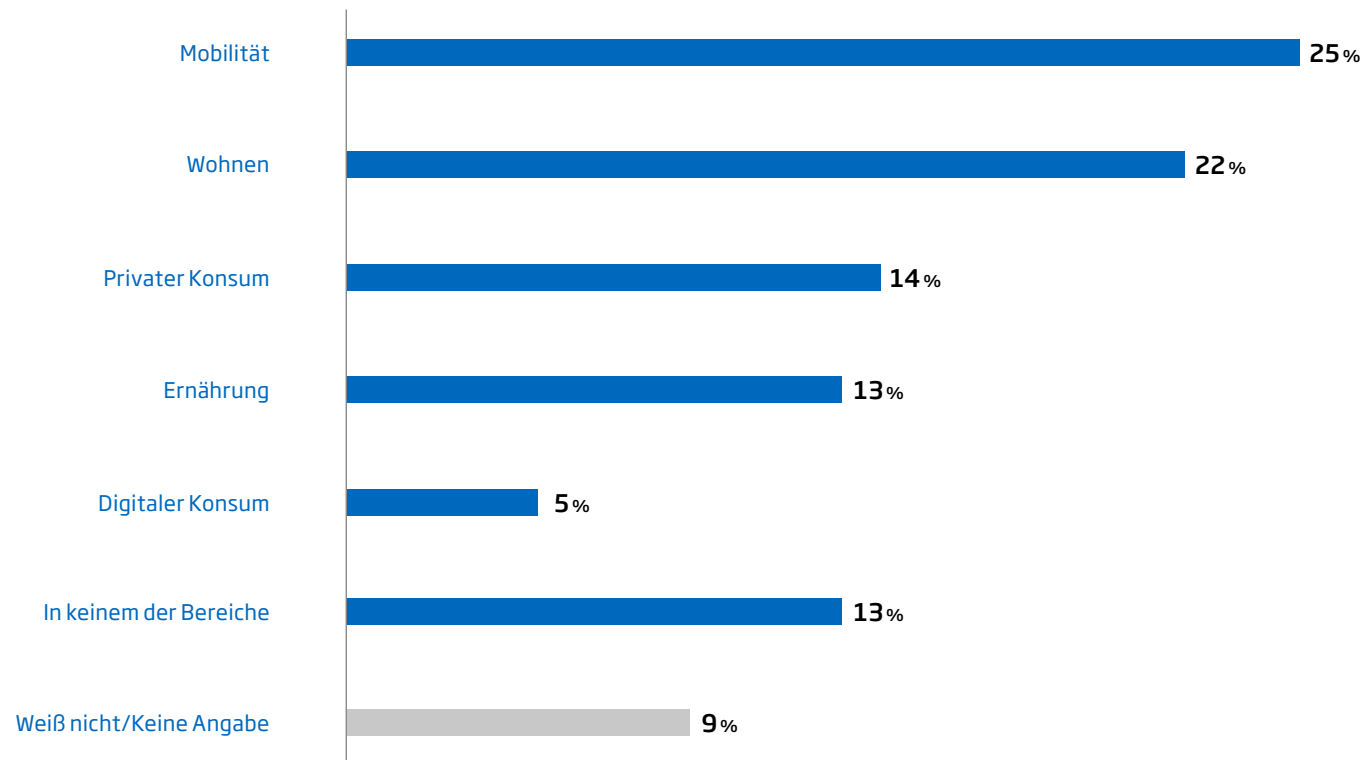
Frage: In welchen Bereichen halten Sie einen Verzicht durch jeden Einzelnen für den Klimaschutz für besonders notwendig? | Basis: 1.000 befragte Personen

In mehreren Lebensbereichen hält eine überwiegende Mehrheit Zurückhaltung beim Konsum für notwendig.

Wohnen, Mobilität, Ernährung, privater Konsum – in vier elementaren Lebensbereichen halten mindestens zwei Drittel der Befragten es für besonders notwendig, den privaten Konsum zurückzuschrauben. Dagegen spricht sich nur knapp die Hälfte für Zurückhaltung beim digitalen Konsum aus.

... und wo im Alltag Verzicht tatsächlich umsetzbar erscheint

Wo Verbraucher:innen den eigenen CO₂-Fußabdruck am wirkungsvollsten verringern können



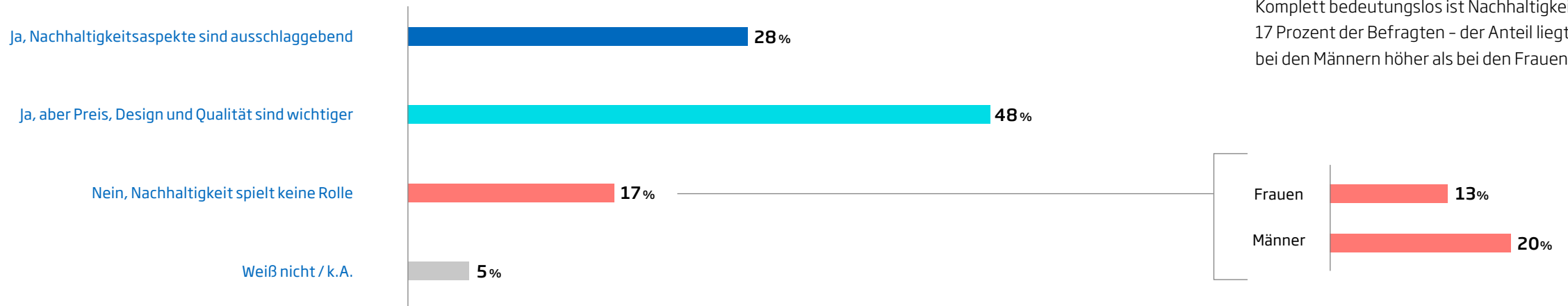
Frage: Was denken Sie? In welchem der folgenden Bereiche können Sie am wirkungsvollsten Ihren eigenen CO₂-Fußabdruck verringern? (Einzelnennung) | Basis: 1.000 befragte Personen

Verbraucher:innen unterschiedlicher Meinung, wie sie, den eigenen CO₂-Fußabdruck verringern.

Bei der Frage, in welchen Bereichen die Befragten ihren persönlichen CO₂-Fußabdruck am wirkungsvollsten verringern können, liegt das eigene Mobilitätsverhalten vorne. Auf Platz zwei liegt das Wohnen, das eng mit dem individuellen Energieverbrauch verknüpft ist. Es folgen der private Konsum und die Ernährung. Am Ende liegt der digitale Konsum. Etwa jede:r achte Befragte sieht in keinem der Bereiche die Möglichkeit, die persönliche CO₂-Bilanz zu verbessern. 9 Prozent antworten mit „Weiß nicht“.

Nachhaltigkeit ist beim Kauf von Produkten oft nicht entscheidend

Bedeutung von Nachhaltigkeit beim Produktkauf



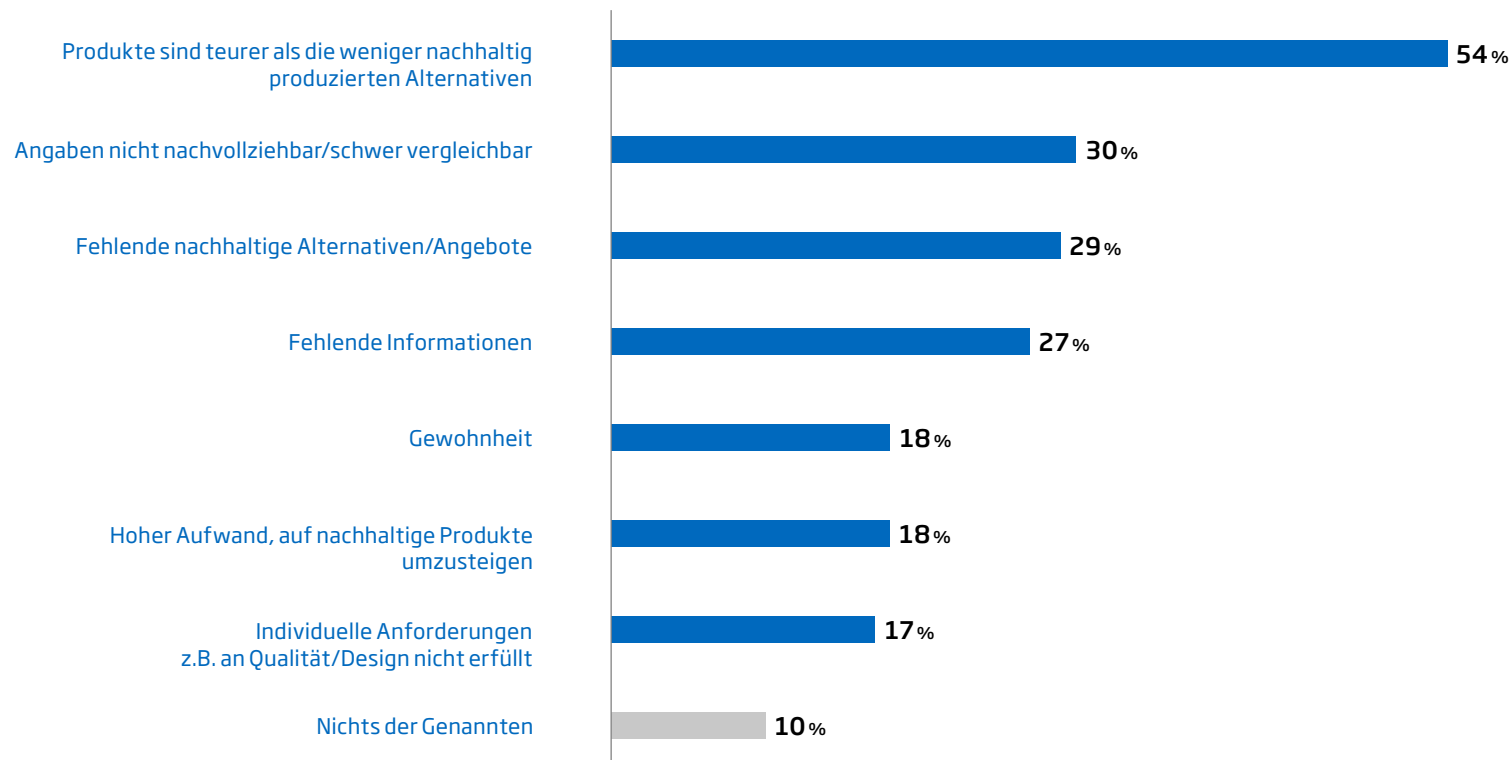
Klima- und Umweltschutz spielt für die Mehrheit bei Anschaffungen eine untergeordnete Rolle.

Nachhaltigkeit ist nur für gut ein Viertel der Befragten das ausschlaggebende Kriterium beim Kauf von Produkten. Fast die Hälfte schreibt Faktoren wie Preis, Design und Qualität eine höhere Bedeutung zu. Höher ist die Zahl der Nachhaltigkeitsorientierten bei Personen, die ihren eigenen CO₂-Fußabdruck kennen (38 Prozent), in Großstädten wohnen (34 Prozent) oder einen hohen Bildungsabschluss haben (33 Prozent). Komplette bedeutungslos ist Nachhaltigkeit für 17 Prozent der Befragten – der Anteil liegt hier bei den Männern höher als bei den Frauen.

Frage: Achten Sie beim Kauf von Produkten auf Nachhaltigkeitsaspekte? | Basis: 1.000 befragte Personen

Nachhaltige Produkte sind vielen zu teuer

Argumente gegen den Kauf nachhaltiger Produkte



Frage: Was hindert Sie am Kauf nachhaltiger Produkte? (Mehrfachnennung) | Basis: 1.000 befragte Personen

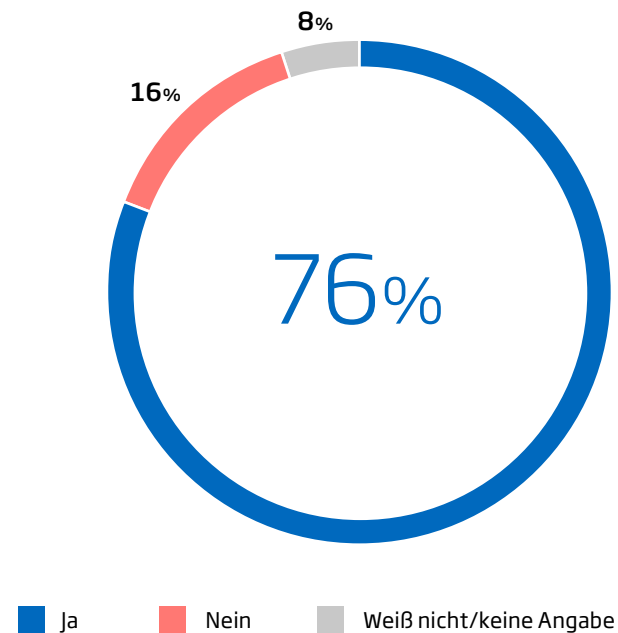
Vor allem der höhere Preis schreckt Verbraucher:innen vom Kauf nachhaltiger Produkte ab.

Der Wille ist da – doch der Preis zu hoch. Weil nachhaltige Produkte ihnen zu teuer sind, greift mehr als die Hälfte der Verbraucher:innen (54 Prozent) stattdessen zu weniger klima- und umweltfreundlichen Produkten. Zudem sorgen nicht nachvollziehbare oder schwer vergleichbare Angaben für beträchtliche Zurückhaltung (30 Prozent) – ebenso wie fehlende Informationen (27 Prozent). Knapp drei von zehn Befragten (29 Prozent) erwerben mangels nachhaltiger Alternativen konventionelle Produkte. Häufig sind es auch Gewohnheit und ein hoher Aufwand, die den Umstieg auf klimafreundliche Produkte verhindern (je 18 Prozent).

Verbraucher:innen wollen Pflicht zu Nachhaltigkeit „by design“

Einstellung zu einer gesetzlichen Pflicht zu mehr Nachhaltigkeit in der Produktentwicklung

Sollten Unternehmen verpflichtet werden, bereits bei der Entwicklung eines Produkts auf Klimaschutz, Umweltfreundlichkeit, Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit zu achten?



Frage: Sollten Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet werden, bereits bei der Entwicklung eines Produkts auf Klimaschutz, Umweltfreundlichkeit, Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit zu achten? | Basis: 1.000 befragte Personen

Nachhaltigkeitsaspekte schon bei der Entwicklung von Produkten berücksichtigen – das verlangt eine deutliche Mehrheit.

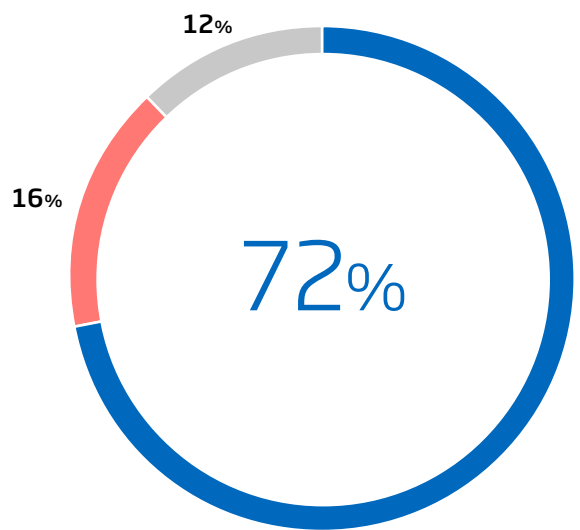
Klimaschutz und Umweltfreundlichkeit, Langlebigkeit sowie Wiederverwertbarkeit: Nachhaltigkeitsfaktoren sollten für Hersteller gesetzlich verpflichtend sein – und das schon bei der Entwicklung ihrer Produkte. Diese Aussage unterstützen gut drei Viertel der Verbraucher:innen (76 Prozent). Nur etwa jeder sechste Befragte spricht sich gegen eine Vorgabe des Gesetzgebers aus (16 Prozent).



Externe sollten die Einhaltung von Umweltvorgaben prüfen

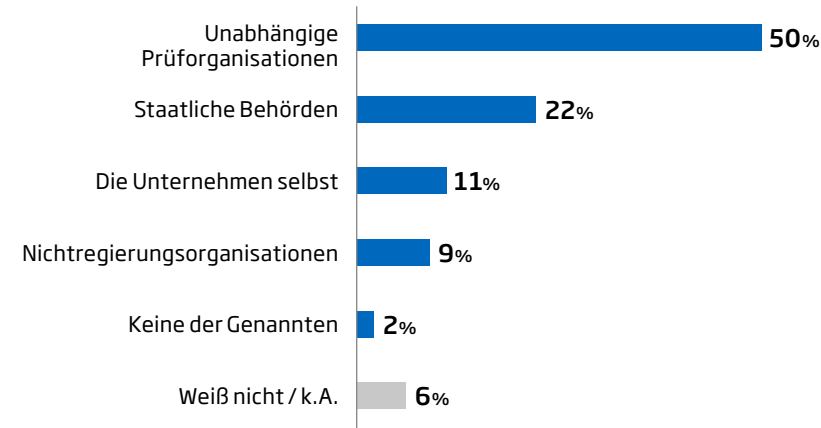
Die Rolle externer Stellen bei der Überprüfung von Klima- und Umweltschutzvorgaben

Sollte die Einhaltung von gesetzlichen Klima- und Umweltschutzvorgaben in Unternehmen überprüft werden?



■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht/keine Angabe

Wer hat die größte Kompetenz, Nachhaltigkeitsanforderungen zu überprüfen?



Unabhängige Prüforganisationen genießen das höchste Vertrauen, wenn es um die Überwachung gesetzlicher Nachhaltigkeitspflichten geht.

Werden gesetzliche Vorgaben für den Klima- und Umweltschutz verabschiedet, dann befürwortet eine deutliche Mehrheit deren Überprüfung durch externe Stellen. Die höchste Kompetenz schreiben die meisten Befragten unabhängigen Prüforganisationen (50 Prozent) zu – deutlich vor staatlichen Behörden (22 Prozent). Dass die Unternehmen sich selbst überwachen, befürwortet nur etwa jede:r neunte Befragte (11 Prozent). Nichtregierungsorganisationen kommen auf einen noch geringeren Wert (9 Prozent).

Fragen: Sollte die Einhaltung von gesetzlichen Klima- und Umweltschutzvorgaben in Unternehmen von externen Stellen überprüft werden? | Basis: 1.000 befragte Personen
Frage: Wer hat Ihrer Meinung nach die größte Kompetenz, die Nachhaltigkeitsanforderungen bei Unternehmen und von Produkten zu überprüfen | Basis: 725 Verbraucher:innen, die meinen, dass die Einhaltung von Umweltschutzvorgaben überprüft werden sollte

Reparaturen als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

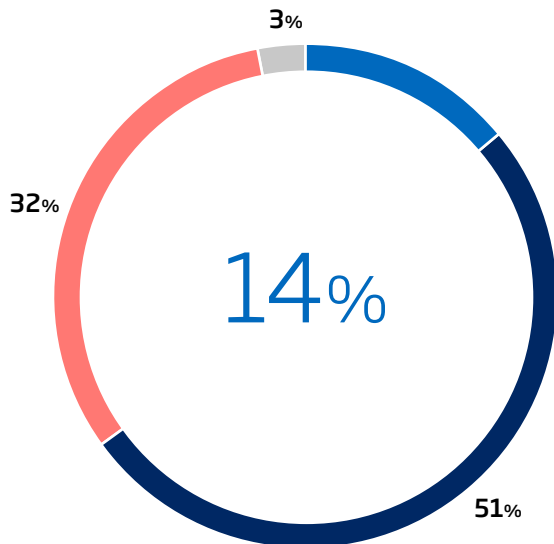
6



„Recht auf Reparatur“ finden die meisten sinnvoll

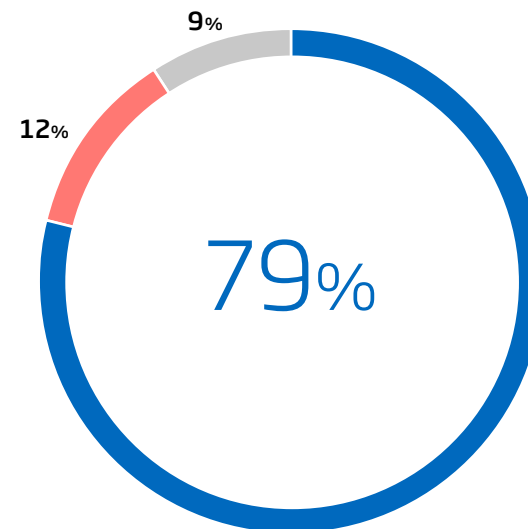
Bekanntheit und Einstellung zum „Recht auf Reparatur“

Bekanntheit des sogenannten „Recht auf Reparatur“...



- Kenne ich gut
- Habe ich schon einmal von gehört
- Habe ich noch nicht von gehört
- Weiß nicht/keine Angabe

Sinnhaftigkeit vom sogenannten „Recht auf Reparatur“...



- Sehr/eher sinnvoll
- Weniger/überhaupt nicht sinnvoll
- Weiß nicht/keine Angabe

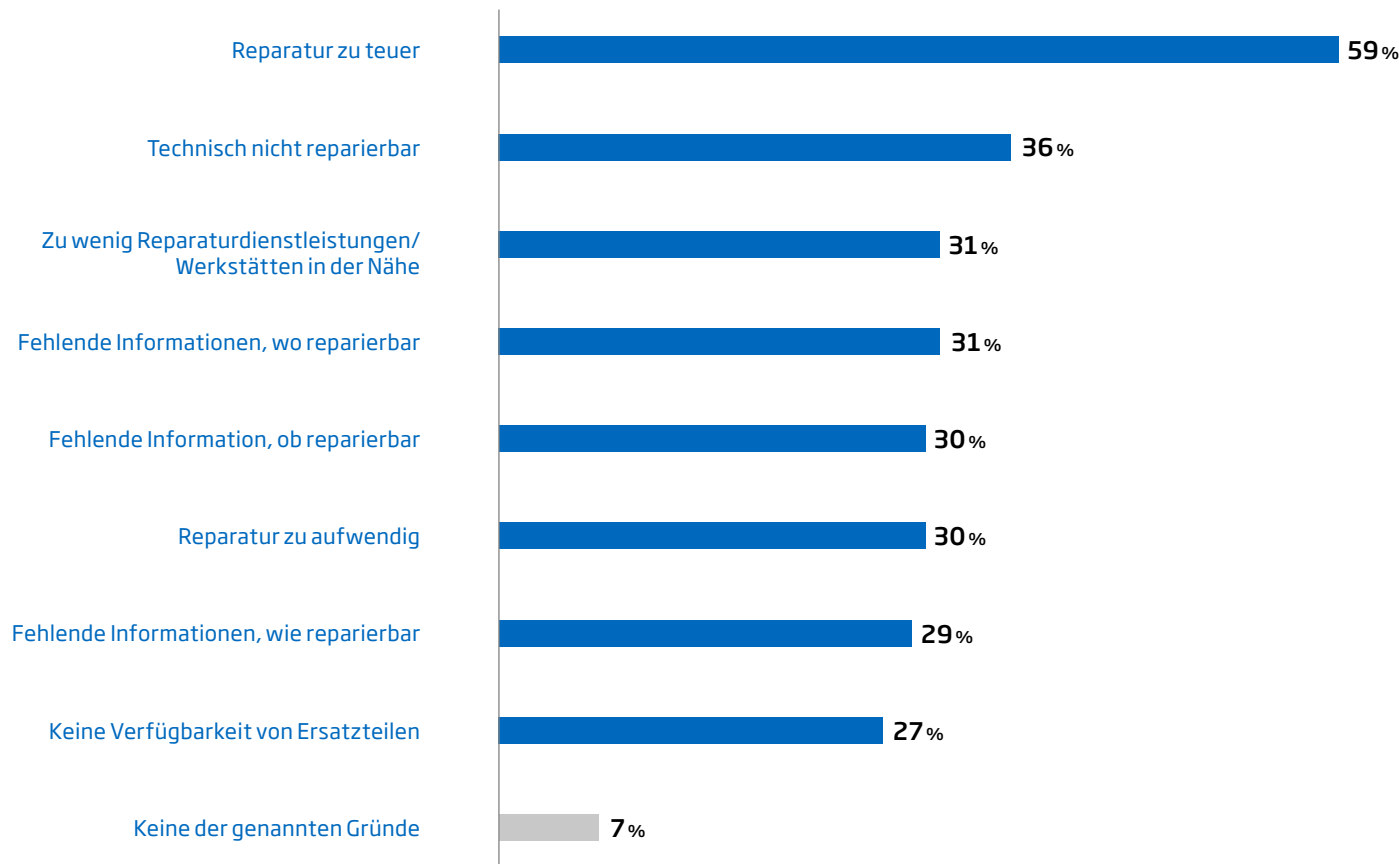
Knapp einem Drittel der der Verbraucher:innen ist das „Recht auf Reparatur“ zumindest ein Begriff. Im Detail allerdings gibt es generell noch viel Informationsbedarf.

Auch nach Ablauf der Garantie sollen Hersteller künftig dazu verpflichtet werden, Geräte zu reparieren – eine entsprechende gesetzliche Vorschrift strebt die EU an. Eine breite Mehrheit der Verbraucher:innen unterstützt das Vorhaben: Knapp vier von fünf Befragten (79 Prozent) finden das sogenannte „Recht auf Reparatur“ sinnvoll. Nur wenige allerdings sind umfassend mit den Plänen vertraut. Nur 14 Prozent der Befragten kennen das Recht auf Reparatur gut, immerhin rund die Hälfte (51 Prozent) hat davon schon gehört. Knapp ein Drittel (32 Prozent) allerdings weiß gar nichts darüber.

Frage: Kennen Sie den EU-Gesetzesvorschlag zum sogenannten „Recht auf Reparatur“? Demnach sollen Käufer:innen bei Herstellern auch nach Ablauf der Garantie Reparaturen einfordern können und befähigt werden, Produkte selbst zu reparieren. Halten Sie eine gesetzliche Regelung zum „Recht auf Reparatur“ für sinnvoll? | Basis: 1.000 befragte Personen

Vielen ist eine Reparatur zu teuer

Hinderungsgründe für die Reparatur defekter Geräte



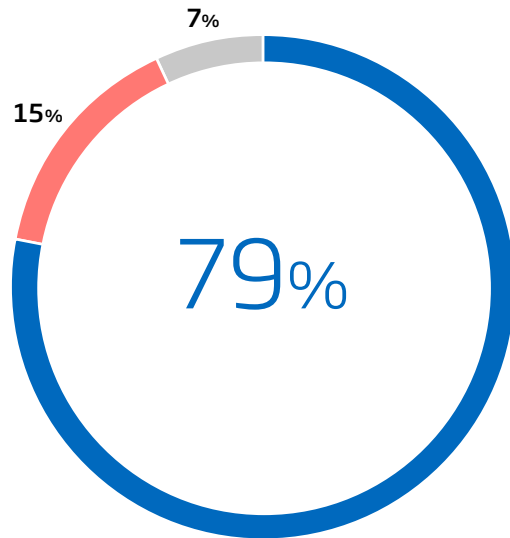
Die Mehrheit der Verbraucher:innen sieht aus Kostengründen davon ab, defekte Geräte reparieren zu lassen.

Viele defekte Geräte ließen sich wieder Instand setzen – dennoch werden sie massenhaft zum Elektroschrott gebracht. Das hat Gründe: Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass sie aufgrund hoher Kosten auf eine Reparatur von beschädigten Geräten verzichten (59 Prozent). Einen Mangel an Werkstätten nennt ein knappes Drittel. Ebenso häufig sind mangelnde Information darüber, wo, wie und ob die Geräte überhaupt repariert werden können. Bei gut einem Viertel der Befragten reicht der gute Wille nicht – es fehlen schlicht Ersatzteile. Gut jeder Dritte gibt als Hemmnis an, dass eine Reparatur schlichtweg nicht möglich war.

Frage: Was hat Sie bislang daran gehindert, defekte Geräte reparieren zu lassen oder selbst zu reparieren? (Mehrfachnennung) | Basis: 1.000 befragte Personen

Verbraucher:innen achten auf Zertifizierung von Werkstätten

Bedeutung zertifizierter Werkstattqualität

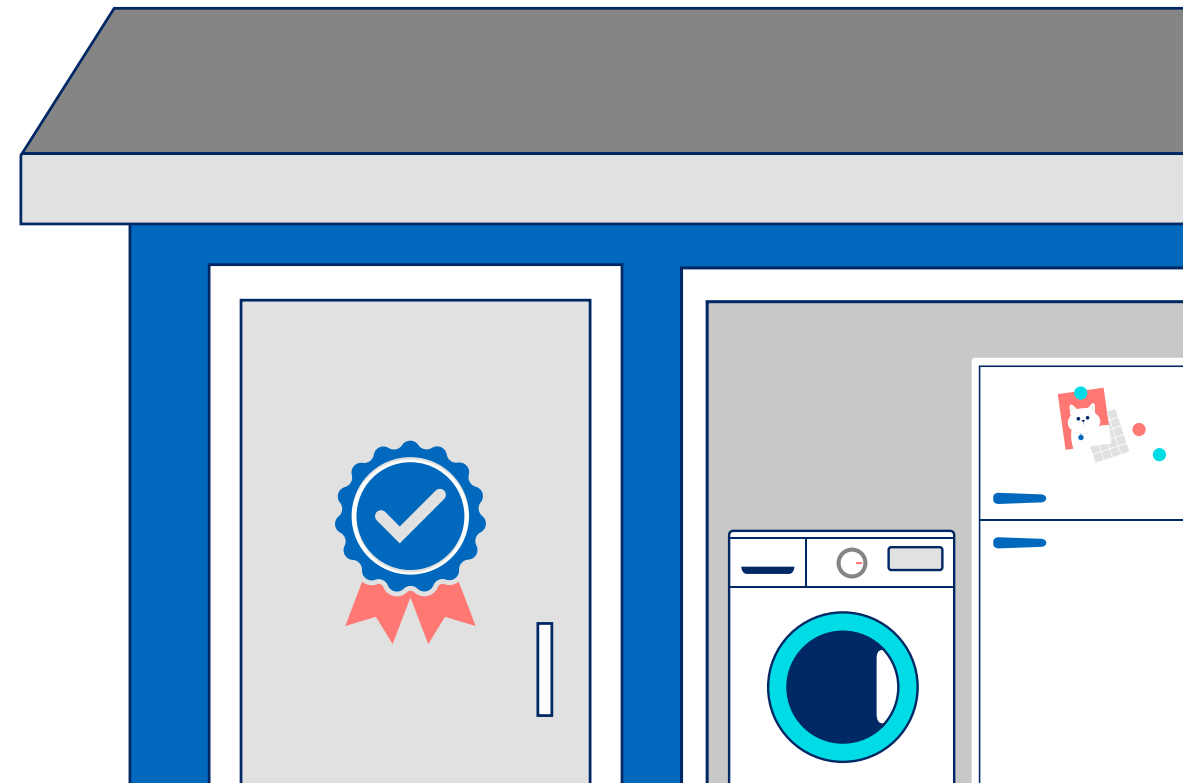


■ Sehr/eher wichtig ■ Sehr/eher unwichtig ■ Weiß nicht/keine Angabe

Frage: Wenn Sie für die Reparatur eines Geräts eine Werkstatt beauftragen: Wie wichtig ist Ihnen, dass die Werkstatt hinsichtlich ihrer Servicequalität zertifiziert ist? | Basis: 1.000 befragte Personen

Eine deutliche Mehrheit ist dafür, dass die Servicequalität überprüft wird.

Wem können Verbraucher:innen bei der Reparatur von Geräten vertrauen? Eine Zertifizierung kann für Orientierung sorgen – und bietet auch Werkstätten die Möglichkeit, die Qualität ihrer Leistungen zu belegen. Fast vier von fünf Verbraucher:innen geben an, dass ihnen die Zertifizierung einer Werkstatt wichtig ist, wenn sie diese mit einer Reparatur beauftragen.



Fazit und politische Empfehlungen



Fazit

Verbraucher:innen in Deutschland zeigen ein hohes Bewusstsein für den Umwelt- und Klimaschutz – gut drei Viertel von ihnen erachten ihn als wichtig. Den Klimawandel sehen knapp sieben von zehn Menschen als Bedrohung – doch eine deutliche Mehrheit ist überzeugt, dass dieser noch gestoppt werden kann. Eine knappe Mehrheit verändert dazu das eigene Konsum- und Mobilitätsverhalten. Sogar den Verzicht auf einen Teil des persönlichen Wohlstands würden mehr als die Hälfte der Menschen in Kauf nehmen. Zugleich glaubt aber nahezu ein Viertel der Verbraucher:innen nicht an einen von Menschen verursachten Klimawandel.

Die Verantwortung dafür, dass Umwelt- und Klimaprobleme gelöst werden, verorten die Befragten besonders in der Politik. In erster Linie sehen sie hier internationale Akteure wie die Vereinten Nationen in der Pflicht. Der Wirtschaft wird eine höhere Verantwortung zugesprochen als der Bundesregierung und der EU. Mehr als die Hälfte ist

der Ansicht, dass die Politik in Deutschland und Europa zu wenig für den Klimaschutz unternimmt.

Mit Blick auf die Unternehmen sprechen sich mehr als zwei Drittel für Investitionen in eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft aus. Davon verspricht sich eine Mehrheit neue Arbeitsplätze oder zusätzliche Exportchancen.

Den eigenen Energieverbrauch senken acht von zehn Verbraucher:innen, um Geld zu sparen. Der Klimaschutz ist für knapp die Hälfte eine Motivation. Als effektivste Maßnahmen für den Klimaschutz wird der Ausbau der erneuerbaren Energien betrachtet. Mit etwas Abstand folgen Investitionen in grünen Wasserstoff sowie gesetzliche Vorgaben für mehr Energieeffizienz. Ein generelles Verbot von Öl- und Gasheizungen lehnt eine deutliche Mehrheit ab. Allerdings findet die Verpflichtung zum Austausch defekter Öl- oder Gasheizungen

gegen nachhaltigere Alternativen einen überwiegenden Zuspruch. Bei der energetischen Sanierung ihrer Immobilien machen den Eigentümer:innen vor allem die hohen Kosten zu schaffen.

Den eigenen CO₂-Fußabdruck kennen nur ein Fünftel der Verbraucher:innen. Ein Viertel der Befragten sieht bei der Mobilität die beste Möglichkeit, die persönliche CO₂-Bilanz zu verbessern – noch vor dem Bereich Wohnen und dem privaten Konsum. Beim Produktkauf achten zwar viele Verbraucher:innen auf Nachhaltigkeit. Jedoch spielt diese für viele im Vergleich zu Design, Preis und Qualität eine geringere Rolle. Als größtes Hindernis für den Kauf nachhaltiger Produkte sehen Verbraucher:innen den höheren Preis.

Nahezu drei Viertel der Verbraucher:innen befürworten eine externe Prüfung, ob Unternehmen gesetzliche Klima- und Umweltvorgaben einhalten. Als am geeignetsten für

diese Aufgabe werden vor allem unabhängige Prüforganisationen gesehen, mit deutlichem Abstand folgen staatliche Behörden. Vom „Recht auf Reparatur“ hat zwar eine Mehrheit zumindest schon gehört, rund einem Drittel ist dieses Konzept jedoch noch nicht geläufig. Eine deutliche Mehrheit hält eine von der EU angestrebte Vorschrift für ein „Recht auf Reparatur“ für sinnvoll.

Politische Empfehlungen

Die Bewältigung der Klimakrise ist die Herausforderung unserer Zeit. Die globale Erderwärmung trifft und gefährdet unser gesamte Gesellschaft. Die Politik reagiert auf europäischer Ebene mit dem European Green Deal und strebt Treibhausgas-Neutralität bis zum Jahr 2050 an. Europa wäre damit der erste klimaneutrale Kontinent der Welt. Nationale Regelungen wie das Klimaschutzgesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Gebäudeenergiegesetz setzen die EU-Vorgaben um und ergänzen diese. Und Klimaschutz kommt immer mehr auch in den privaten Haushalten an. Jetzt kommt es mehr denn je darauf an, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und auf Veränderungen vorzubereiten.

Für den TÜV-Verband ergeben sich daraus folgende Kernforderungen

» Klaren rechtlichen Rahmen schaffen

Nachhaltigkeit darf nicht länger „nice to have“ sein, sondern ein „must“ für alle Marktteilnehmer. Wir begrüßen es daher sehr, dass insbesondere auf EU-Ebene viele Regulierungen auf den Weg gebracht wurden, die Nachhaltigkeitsanforderungen verbindlich festschreiben. Mit der neuen Ökodesign-Verordnung hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, um die ökologische Nachhaltigkeit von Produkten über ihren gesamten Lebenszyklus zu steigern. Mit dem EU-Sorgfaltpflichtengesetz sollen Unternehmen fortan zur Einhaltung sozialer und ökologischer Sorgfaltpflichten entlang ihrer Wertschöpfungsketten verpflichtet werden. Mit der neuen EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung wird der Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen deutlich ausgeweitet. Ein klarer gesetzlicher Rahmen auf allen Ebenen ist nicht nur wichtig, um das übergeordnete Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, sondern ist auch im Interesse aller Marktakteure. Gesetzliche Regelungen sorgen für ein Level-Playing-Field und schaffen Rechtssicherheit für alle Unternehmen und Verbraucher:innen können sich sicher sein, wirklich nachhaltige Produkte zu kaufen.

» Unabhängige Prüfungen verbindlich festschreiben

Neben der Festlegung ehrgeiziger Anforderungen ist es von ebenso großer Bedeutung, deren konsistente und wirksame Einhaltung sicherzustellen. Unabhängige Prüforganisationen sind hierfür die zentralen Player und tragen mit ihren Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungstätigkeiten dazu bei, dass gesetzliche Vorgaben auch wirklich eingehalten werden. Unabhängige Prüfungen sorgen für das notwendige Vertrauen in neue Technologien und helfen dabei, Greenwashing zu verhindern – egal ob bei Carbon Footprint-Verifizierungen, der Zertifizierung von Wasserstoff, Life Cycle Assessments oder Lieferkettenaudits. Unabhängige Prüfungen leisten für die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einen zentralen Beitrag und sollten in den jeweiligen europäischen und nationalen Rechtsakten verbindlich festgeschrieben werden.

Politische Empfehlungen

» **Energiewende schneller vorantreiben**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss nochmals beschleunigt werden. Notwendig sind dafür neben neuen Windrädern und Solarflächen zusätzliche Energiespeicher und intelligente Netze für die Verteilung der Energie. Neben schnelleren und schlankeren Genehmigungsverfahren braucht es zudem das sogenannte Repowering, also den Ersatz und die Nachrüstung älterer Windkraftanlagen. Und letztlich sorgt ein hohes Sicherheitsniveau für die notwendige Akzeptanz für einen schnellen EE-Ausbau: Gerade vor dem Hintergrund beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren und der notwendigen Aufhebung von Abstandsregelungen rücken Sicherheitsfragen noch stärker in den Fokus. Es ist deshalb entscheidend, dass das Sicherheitsniveau noch höher ist als bisher. Bundesweit einheitliche Regeln für unabhängige Prüfungen von Windenergieanlagen, kürzere Prüfintervalle und eine Neubewertung der Prüfpunkte sind erforderlich, um für Sicherheit zu sorgen und damit langfristig Vertrauen und Akzeptanz zu sichern.

» **Markthochlauf von Wasserstoff sicher und nachhaltig gestalten**

Für den Hochlauf und vor allem die Akzeptanz einer Wasserstoff-Energiewelt sind Sicherheit und Vertrauen zentral: Prüfungen der Anlagen und Komponenten durch unabhängige Dritte spielen dabei eine wichtige Rolle. Um einen bundesweit einheitlichen Umgang mit wiederkehrenden Prüfungen von Wasserstoff-erzeugungsanlagen sowie weiteren Energieinfrastrukturkomponenten in der Wasserstoffwirtschaft sicherzustellen, sollten diese in den Regelungsbereich der Betriebssicherheitsverordnung aufgenommen werden. Darüber hinaus müssen regelmäßige Prüfungen von Pipelines für den Wasserstofftransport verbindlich festgeschrieben werden. Damit Wasserstoff auch wirklich grün ist, braucht es ein europäisches Zertifizierungssystem, das verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert und die Grundlagen für den internationalen Handel mit dem Energieträger schafft. Dabei muss der ökologische Fußabdruck der gesamten Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Transport bis hin zur Verwendung von Wasserstoff berücksichtigt werden.

» **Gesamte Klimabilanz von Gebäuden berücksichtigen**

Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) wird der Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen verbindlich verankert. Nach einer kommunalen Wärmeplanung soll zukünftig jede neu installierte Heizungsanlage verpflichtend zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Im Zusammenhang mit diesen wegweisenden Veränderungen hat die Bundesregierung ein neues Konzept zur Förderung von erneuerbarem Heizen entwickelt und überarbeitet die Bundesrichtlinien für effiziente Gebäude (BEG). Dadurch werden der Austausch alter Heizsysteme durch effiziente Alternativen gefördert und wirtschaftliche Anreize geschaffen. Wir begrüßen diese Initiativen ausdrücklich, allerdings sollten Fördermaßnahmen nicht ausschließlich auf der Energieeffizienz der Heizungsanlagen basieren, sondern die gesamte Klimabilanz von Heizungssystemen in den Blick nehmen. Eine vollständige Klimabilanz betrachtet nicht

nur die Energieeffizienz, sondern auch die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch im gesamten Lebenszyklus einer Heizung. Mit dem Qualitätssiegel Nachhaltige Gebäude (QNG) hat der Bund bereits ein Instrument etabliert, um eine lebenszyklusbasierte Analyse von Neubauten zu fördern und dabei auch graue Emissionen zu berücksichtigen. Die QNG-Anforderungen sollten auf weitere Modernisierungsprojekte und Einzelmaßnahmen ausgedehnt werden, um klimaschädliche Treibhausgasemissionen und graue Energien zu berücksichtigen und so eine nachhaltige Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden zu erreichen.

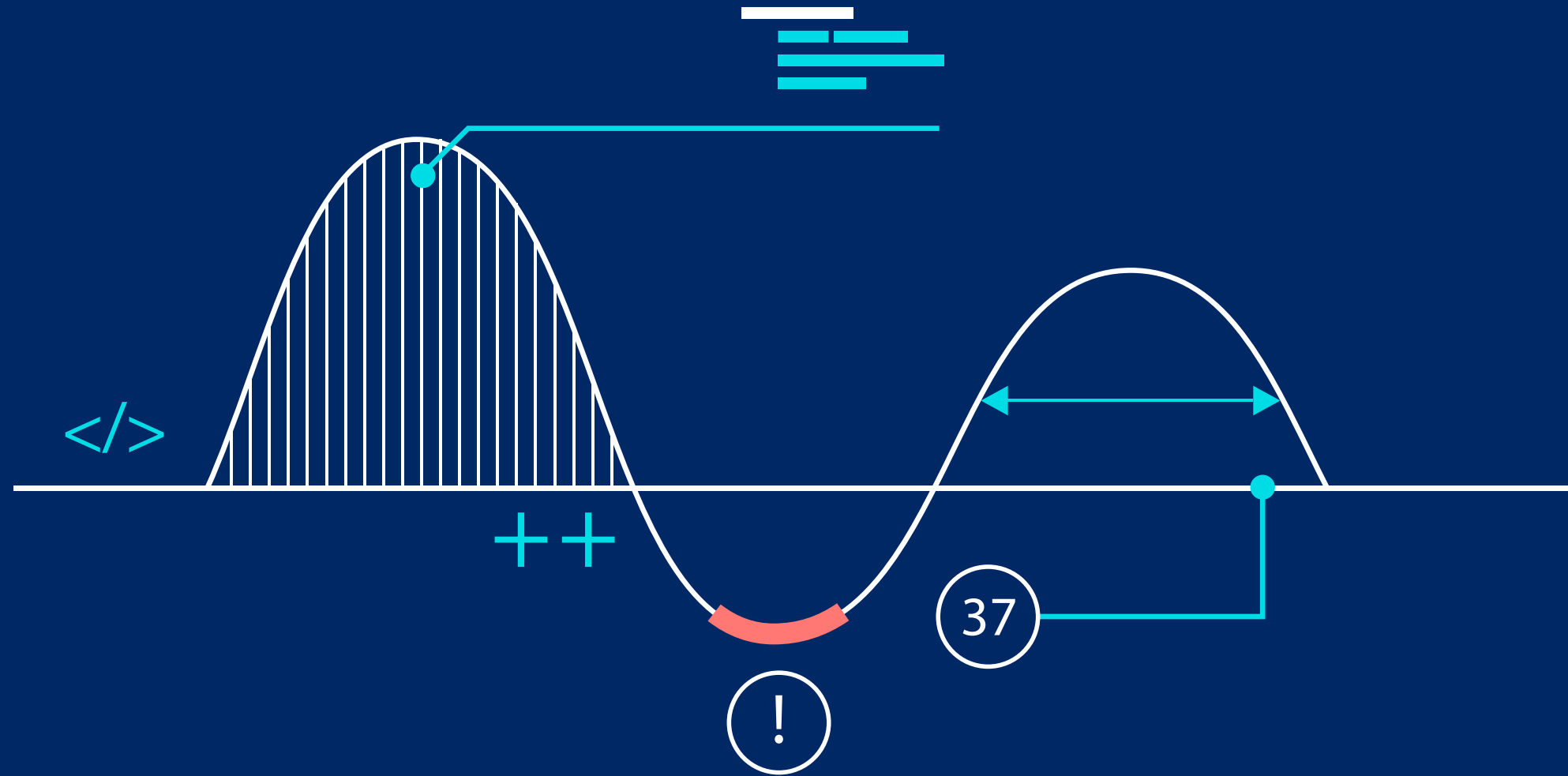
» Recht auf Reparatur schnell umsetzen und Qualität der Reparaturdienstleistungen sicherstellen

Wenn Elektro- oder Haushaltsprodukte kaputtgehen, landen sie heutzutage meist im Müll. Dabei wünschen sich immer mehr Verbraucher:innen, dass Produkte nicht nur länger halten, sondern auch deutlich einfacher und kostengünstiger zu reparieren sind. Das von der EU-Kommission vorgestellte Recht auf Reparatur sorgt mit einem Bündel an Maßnahmen dafür, dass Produkte möglichst lange halten und repariert werden können. Wichtige Bauteile müssen leicht zugänglich und ausbaubar sein. Wir begrüßen, dass Verbraucher:innen und Reparaturbetriebe fortan einfachen Zugang zu den erforderlichen Reparatur- und Wartungsinformationen erhalten sollen. Im aktuellen Vorschlag fehlen jedoch Maßnahmen, die eine hohe Qualität der Reparaturdienstleistungen gewährleisten. Produktreparaturen sollten nicht allein von eigenen oder autorisierten Werkstätten der Hersteller und Händler durchgeführt werden können, sondern auch von freien Werkstätten. Das steigert das Angebot an verfügbaren Werkstätten und fördert den Wettbewerb im Reparaturmarkt. Freie Werkstätten sollten ihre Kompetenz für Reparaturdienstleistungen mit einer Zertifizierung durch unabhängige Stellen nachweisen. Entsprechende Zertifikate können Verbraucher:innen bei der Auswahl der Werkstatt als wertvolle Orientierungshilfe dienen.

» Greenwashing verhindern, Green-Claims-Richtlinie noch in dieser Legislaturperiode beschließen

Ein großes Ärgernis für Verbraucher:innen sind irreführende Versprechen über die Umwelteigenschaften von Produkten in der Werbung. Viele Hersteller und Händler verwenden Slogans wie „klimaneutral“, „100 Prozent recycelt“ oder „umweltfreundlich“. Oft ist aber völlig unklar, was damit eigentlich gemeint ist. Mit einer neuen Richtlinie über Umweltaussagen will die EU-Kommission dafür sorgen, dass das, was als umweltfreundlich verkauft wird, auch umweltfreundlich ist. Dafür sollen klare Kriterien festgelegt werden, denen umweltbezogene Aussagen zu Produkten oder Unternehmen in der EU genügen müssen. Zudem müssen umweltbezogene Aussagen künftig von einer unabhängigen Stelle auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden, bevor sie am Markt verwendet werden dürfen. Wir begrüßen diesen Vorschlag sehr. Die Green-Claims-Richtlinie muss jetzt schnell zum Abschluss gebracht werden. Dann können Verbraucher:innen in Zukunft darauf vertrauen, dass Aussagen wie „öko“ und „klimafreundlich“ auch wirklich halten, was sie versprechen und sich bewusst für das nachhaltigere Produkt entscheiden.

Methodik

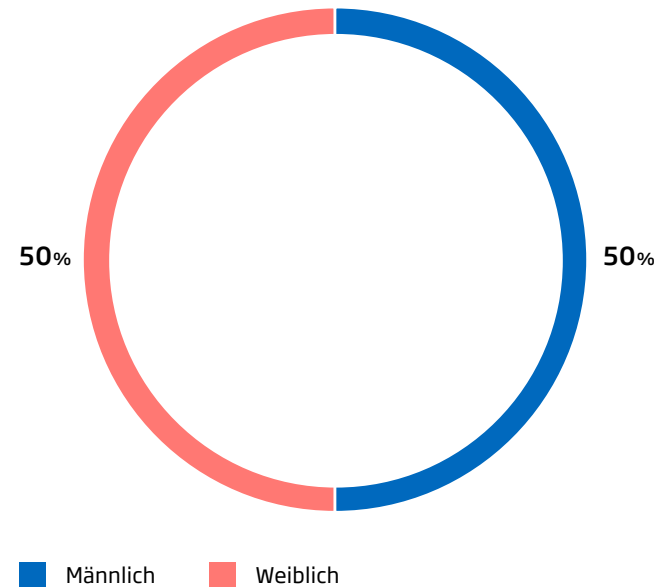


Methodik

Im Auftrag des TÜV-Verband e. V. hat die Ipsos GmbH eine repräsentative bundesweite Befragung unter der deutschsprachigen Bevölkerung zum Thema Nachhaltigkeit durchgeführt. Für die Studie wurden 1.000 deutschsprachige Personen mit Internetzugang zwischen dem 28. Juli und 8. August 2023 in Form eines computer-gestützten Webinterviews befragt. Teilnehmer ab 16 Jahren wurden hierfür aus dem Ipsos Access Panel eingeladen. Folgende repräsentative Quotenmerkmale wurden berücksichtigt: Geschlecht, Alter, Bundesland, Bildung. Die Stichprobenmerkmale basieren auf den Daten von Eurostat 2022.

Etwaig entstandene Schiefen (leichte Abweichung vom Quotenplan) wurden mittels Gewichtung ausgeglichen. Aufgrund der strengen Einhaltung des Quotenplans fallen die Gewichte insgesamt gering aus. Die Gewichtungseffizienz liegt bei 98 Prozent. Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 5 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

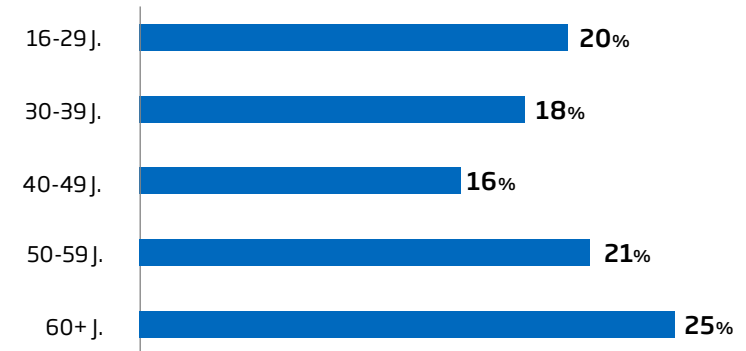
Geschlecht



Bildungsgrad



Altersgruppen



Über den TÜV-Verband

Als TÜV-Verband e. V. vertreten wir die politischen Interessen der TÜV-Prüforganisationen und fördern den fachlichen Austausch unserer Mitglieder. Wir setzen uns für die technische und digitale Sicherheit sowie die Nachhaltigkeit von Fahrzeugen, Produkten, Anlagen und Dienstleistungen ein. Grundlage dafür sind allgemeingültige Standards, unabhängige Prüfungen und qualifizierte Weiterbildung. Unser Ziel ist es, das hohe Niveau der technischen Sicherheit zu wahren, Vertrauen in die digitale Welt zu schaffen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Dafür sind wir im regelmäßigen Austausch mit Politik, Behörden, Medien, Unternehmen und Verbraucher:innen.



Kontakt

Dr. Joachim Bühler

Geschäftsführer

+49 30 760095-400

joachim.buehler@tuev-verband.de

Juliane Petrich

Referentin der Geschäftsführung,
Politik und Nachhaltigkeit

+49 30 760095-445

juliane.petrich@tuev-verband.de

Maurice Shahd

Leiter Kommunikation

+49 30 760095-320

maurice.shahd@tuev-verband.de

Linda Roy

Pressereferentin

+49 30 760095-580

linda.roy@tuev-verband.de

TÜV-Verband e. V.

Friedrichstraße 136

10117 Berlin

+49 30 760095-400

berlin@tuev-verband.de

www.tuev-verband.de

Grafik & Design

Nordpunkt Designagentur GmbH